



Konrad  
Adenauer  
Stiftung



# Polen und Deutsche

Schwierige Annäherungen – gute Perspektiven

Gemeinsame Werte als Grundlage für die Partnerschaft

# Polen und Deutsche

**Schwierige Annäherungen  
– gute Perspektiven**



Warschau, 2011

**Herausgeber**

Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen

**Redaktion:**

Stephan Raabe, Hanna Dmochowska

**Übersetzung:**

Magdalena Kurkowska, Jan Obermeier

**Grafik:**

Zygmunt Januszewski

**Graphische Gestaltung und Satz:**

Julita Grosser, [www.mediakoncept.pl](http://www.mediakoncept.pl)

**Gesamtherstellung:**

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Vertretung in Polen  
02-561 Warschau, ul. J. Dąbrowskiego 56  
Tel.: +48 22 845 93 30, Fax: +48 22 848 54 37  
E-mail: [kas@kas.pl](mailto:kas@kas.pl)  
[www.kas.pl](http://www.kas.pl), [www.kas.de](http://www.kas.de)

**Polen und Deutschland – eine Nachbarschaft gewinnt Gestalt**

*Hans Maier*

Seite 5

**Deutschland 20 Jahre nach der Wiedervereinigung  
und die deutsch-polnischen Beziehungen in Europa  
Die friedliche Revolution 1989**

*Bernhard Vogel*

Seite 19

**Der deutsch-polnische Vertrag über gute Nachbarschaft  
und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991.  
Bilanz und Ausblick nach zwei Jahrzehnten**

*Janusz Reiter*

Seite 31

**Brandts Kniefall. Beobachtungen und Einschätzungen eines Zeitzeugen.  
Eine unvergessliche Nacht**

*Karol Sauerland*

Seite 57

**Über die Autoren**

Seite 73



# Polen und Deutschland – eine Nachbarschaft gewinnt Gestalt

*von Hans Maier*

Polen und Deutsche waren nie Erbfeinde. Als „Nachbarn seit tausend Jahren“ haben sie über weite Strecken ihrer Geschichte in Frieden miteinander gelebt. Erst durch den modernen Nationalismus sind ihre Beziehungen nachhaltig gestört worden. Den traurigen Gipfel der Entfremdung brachte die Nazi-Tyrannie. Nach dem deutschen Überfall auf Polen 1939 und den entsetzlichen Verbrechen, die dem polnischen Volk im Krieg von Deutschen angetan wurden, nach dem darauf folgenden Schrecken der Flucht und Vertreibung von Millionen Deutschen aus ihrer alten Heimat im Osten in den Jahren 1944-47 – nach all dem war die Kluft zwischen beiden Völkern so tief geworden, dass eine Rückkehr zur Normalität fast unvorstellbar schien.

Es brauchte lange, bis Deutsche und Polen nach 1945 wieder zu einer gemeinsamen Sprache fanden. Ein bedeutsamer Ruf ins Schweigen hinein war der Versöhnungsbrief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder zu Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils im November 1965 in Rom und die Antwort der deutschen Bischöfe im Dezember desselben Jahres. In den folgenden Jahrzehnten kam zwischen Polen und Deutschen ein Dialog in Gang, am frühesten und intensivsten auf kirchlicher, wissenschaftlicher, literarischer Ebene, langsam und zögernd auch in der Politik. Den Durchbruch brachten die Jahre 1980/81, als der Nachbar Polen in den Fernsehnachrichten von der Danziger Werft – sie hieß damals noch Lenin-Werft – unübersehbar in den Wohnzimmern der Deutschen sichtbar wurde. Einer wachsenden Zahl von Deutschen wurde damals klar, dass in Polen auch ihre Sache, die Sache der Freiheit, der Menschenrechte verhandelt wurde.

Ich will im Folgenden zunächst den kirchlichen Dialog schildern, der am Anfang der deutsch-polnischen Versöhnung stand (I). Dann stelle ich die „Mühen der Ebene“ dar, die schwierige Annäherung der polnischen und der deutschen Politik seit den siebziger Jahren (II). Endlich will ich das weite Feld von Kultur und Geschichte wenigstens kurz in den Blick nehmen – denn zur neu-

en polnisch-deutschen Nachbarschaft gehört auch die kulturelle Dimension (III) und den Versuch einer Bilanz wagen, die auch die jüngsten Verwerfungen und Probleme einbezieht.

### **Kirchliche Initiativen**

„Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“ – die polnischen Bischöfe, als sie ihren Versöhnungsbrief schrieben, sprachen für ihre Kirche, ihr Volk, ihr Land. Wer diesen Brief las, vernahm die Stimme Polens. Hier wurde versucht, ein Gespräch wieder aufzunehmen, die vereisten Beziehungen zwischen Polen und Deutschen aufzutauen. Es war ein historischer Schritt. Der polnische Literat Jan Józef Lipski sieht in dem Brief der Bischöfe „die mutigste und weitblickendste Tat der polnischen Nachkriegsgeschichte“.<sup>1</sup>

Dementsprechend heftig waren die Reaktionen auf die römischen Vorgänge in der polnischen Heimat: nicht nur die Regierung, die kommunistische Partei und die von ihr abhängige Presse stürzten sich mit Anklagen und Beschimpfungen auf die Bischöfe – auch viele Priester und Gläubige waren verwirrt und schüttelten die Köpfe. Dass die Deutschen der polnischen Vergebung bedurften, das verstand man in Polen nach den grausamen Besatzungsjahren gut. Aber die Polen selbst – bedurften etwa auch sie der Vergebung, gar der Vergebung durch die Deutschen?

Die deutschen Bischöfe, die am 5. Dezember 1965 auf den Brief ihrer Amtsbrüder antworteten und „mit Bewegung und Freude“ die „dargebotenen Hände“ ergriffen, konnten nicht im gleichen Sinn „für Deutschland“ sprechen, wie es die polnischen Bischöfe für Polen getan hatten. Sie sprachen für die deutschen Katholiken; und innerhalb des deutschen Katholizismus hatten sie unterschiedliche Meinungen zu berücksichtigen und die gewichtige Stimme der Heimatvertriebenen nicht zu übergehen. War doch die Integration von über 11 Millionen Vertriebenen in das verkleinerte Nachkriegsdeutschland eine wichtige soziale und pastorale Aufgabe. Ihr Misslingen hätte gewaltigen Sprengstoff aufgehäuft. An der Entstehung einer deutschen Irredenta konnte niemand ein Interesse haben – am allerwenigsten Deutschlands Nachbarn. So wirkte die Antwort der Deutschen zurückhaltender, weniger appellativ als der Brief der Polen: sie warb um Verständnis, versuchte zu erklären, zu erläutern; es fehlte eine eindrucksvolle „prophetische“ Schlussformel wie im pol-

<sup>1</sup> Jan Józef Lipski: Zwei Vaterländer – Zwei Patriotismen. Bemerkungen zum Nationalen Größenwahn und zur Xenophobie der Polen, in: ders., Wir müssen uns alles sagen... Essays zur deutsch-polnischen Nachbarschaft, Gleiwitz, Warschau 1996 (polnisch-deutsch), 185-228, hier 192.

nischen Brief. Immerhin: die Untaten der Vergangenheit, begangen im deutschen Namen, wurden deutlich beim Namen genannt; eine Aufrechnung von Schuld und Unrecht wurde abgelehnt; und klärend bemerkten die Bischöfe, das von den Heimatvertriebenen beanspruchte „Recht auf Heimat“ habe keinen revanchistischen Hintersinn, sondern drücke nur aus, dass Schlesier, Pommern und Ostpreußen rechtens in ihrer alten Heimat gewohnt hätten und ihr weiter verbunden blieben. Die Einladung zum Millennium der Taufe des polnischen Volkes im Jahr 1966 wurde dankbar angenommen und durch Gegeneinladungen zur Tausendjahrfeier des Bistums Meißen und zum Deutschen Katholikentag in Essen 1968 erwidert. Übrigens hatte bereits 1958 Bischof Julius Döpfner Kardinal Wyszyński – leider vergeblich – zum Berliner Katholikentag eingeladen.

Im Juli des folgenden Jahres verabschiedete der 81. Deutsche Katholikentag in Bamberg eine Erklärung zum Briefwechsel zwischen den polnischen und den deutschen Bischöfen. In ihr stehen die programmatischen Sätze: „Die deutschen Katholiken, die an den vor dem Gemeinwohl aller Völker und einer neuen Friedensordnung vertretbaren Rechten des eigenen Volkes festhalten, versichern feierlich, sich mit allen Kräften dafür einzusetzen, dass das deutsche Volk die nationalen Existenzrechte des polnischen Volkes respektiert: „Wir sind uns schmerzlich bewusst, dass auch deutsche Politiker in der Vergangenheit die Rechte des polnischen Volkes als Handelsobjekt für fremde oder eigene Interessen angeboten und benützt haben. Sollten jedoch solche Gedanken in unserem Volk wieder auftauchen, werden wir ihnen bereits in ihren Anfängen energisch wehren.“ Die neue Friedensordnung könne „nie durch Gewalt, sondern nur durch Verhandlungen geschaffen werden“. Diese Erklärung wurde auch mit den Stimmen der katholischen Heimatvertriebenen verabschiedet.

Am Bamberger Katholikentag nahm erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg eine Gruppe polnischer Katholiken teil. Von da an waren bei jedem Katholikentag – mit Ausnahme von Berlin 1980 -führende Repräsentanten des polnischen Katholizismus anwesend, Laien und von 1974 an auch Bischöfe. Bilaterale Begegnungen im Rahmen des Europäischen Forums der katholischen Laien kamen hinzu. Man müsste hier viele Namen nennen (jede Auswahl ist schmerzliche Willkür!): auf polnischer Seite Stanisław Stomma (1908-2005), Mieczysław Pszon (1915-1995), Józefa Hannelowa, Tadeusz Mazowiecki, Władysław Bartoszewski, Andrzej Szczypiorski (1924-2000), der später als erster den Kunst- und Kulturpreis der deutschen Katholiken erhielt, die Bi-

schöfe Lech Marian Kaczmarek (1909-1984, 1971-1984 Bischof von Danzig), Franciszek Kardinal Macharski (Krakau), Alfons Nossol (Oppeln), Czesław Domin (1929-1996)<sup>2</sup> und aus der jüngeren Generation etwa Janusz Reiter, der von 1990 bis 1995 Polen als Botschafter in Deutschland vertrat; auf deutscher Seite vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken Albrecht Beckel (1925-1993), Vincens M. Lissek (1936-2004), Paul Becher, Friedrich Kronenberg, Felix Raabe, Bernhard Vogel und die Bischöfe Julius Kardinal Döpfner (1913-1976, München-Freising), Joseph Kardinal Höffner (1906-1987, Köln), Klaus Hemmerle (1929-1994, Aachen), Karl Kardinal Lehmann (Mainz). Es wurde im Lauf der Zeit ganz selbstverständlich, dass „die Polen“ bei kirchlichen Veranstaltungen in Deutschland anwesend waren, auftraten und sprachen. Man lernte einander im Lauf der Jahre besser und besser kennen. Mit großer Wärme wurden 1978 Primas Stefan Kardinal Wyszyński (1901-1981, Gnesen-Warschau) und Karol Kardinal Wojtyła (1920-2005) in Deutschland empfangen, als sie mit einer polnischen Bischofsdelegation an der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda teilnahmen und anschließend nach Köln, München und Mainz fuhren (wenige Wochen später wurde Karol Wojtyła in Rom zum neuen Papst gewählt). Mit banger Anteilnahme wurde 1982 beim Düsseldorfer Katholikentag der polnische Primas Józef Glemp begrüßt, der während des Kriegsrechts nur mit Mühe nach Deutschland reisen konnte. Übrigens Kriegsrecht: die erste deutsche Demonstration gegen die Knebelung der polnischen Freiheitsbewegung – ein Schweigemarsch mit anschließendem Bittgottesdienst im Dom – fand am 22. Dezember 1981 in Köln statt und wurde auf Initiative der Katholischen Jugend von Bischofskonferenz und Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Pax Christi und zahlreichen Verbänden getragen. Die polnische Regierung forderten wir damals auf, alle verhafteten Personen – darunter Władysław Bartoszewski und Tadeusz Mazowiecki – wieder auf freien Fuß zu setzen. Und den Menschen in Deutschland riefen wir zu: „Seht auf Polen, auf den Kampf dieses tapferen Volkes. Lasst es nicht allein.“

An dieser Stelle ist an die zahlreichen kirchlichen Initiativen zu erinnern, die sich seit den fünfziger Jahren um Verständigung und Versöhnung mit Polen bemühten. Die ersten Schritte deutscher Katholiken und Protestanten nach dem Krieg führten nach Auschwitz: hier haben sich vor allem die 1953 von jungen Protestanten gegründete „Aktion Sühnezeichen“ und die katholische Friedensbewegung „Pax Christi“ hervorgetan. Eine bedeutende Rolle in der

<sup>2</sup> 1970 bis 1992 Weihbischof des Bistums Kattowitz, ab 1980 Vorsitzender der Caritas-Kommission des polnischen Episkopats, ab 1990 der reaktivierten Caritas Polen, von 1992-1996 Bischof der Diözese Köslin-Kolberg.

Entwicklung des deutsch-polnischen Dialogs spielte das „Tübinger Memorandum“ evangelischer Wissenschaftler (1962) und die 1965 – noch vor dem Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe – veröffentlichte Vertriebenen-Denkschrift der Evangelischen Kirche: hier wurde erstmals, unter heftigen innerkirchlichen Auseinandersetzungen, das Problem der Oder-Neiße-Linie in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt. Diese Linie setzte sich fort in dem aus „Pax Christi“ hervorgegangenen „Bensberger Kreis“, der 1968 mit einem vieldiskutierten Memorandum zu den polnischdeutschen Fragen hervortrat. Und endlich ist an die wichtige Arbeit des Maximilian-Kolbe-Werkes zu erinnern, die in den siebziger Jahren mit der Unterstützung ehemaliger polnischer KZ-Häftlinge begann.

Alle diese Initiativen haben dazu beigetragen, Polen und Deutsche einander näher zubringen und eine Verständigung zwischen beiden Völkern vorzubereiten. Eines freilich vermochten sie nicht: die politischen und völkerrechtlichen Probleme, die der Krieg hinterlassen hatte – vor allem die Fragen der polnischen Westgebiete und der polnisch-deutschen Grenzen – mit einem Schlag zu lösen. Am Jahresende 1970, fünf Jahre nach dem historischen Versöhnungsbrief, zogen die Kardinäle Wyszyński und Döpfner in einem Briefwechsel eine eher skeptische Bilanz. Wyszyński schrieb am 5. November 1970 vorwurfsvoll an Döpfner: „Unsere so herzlich ausgestreckte Hand wurde nicht ohne Vorbehalt angenommen.“ Und Döpfner räumte in seiner Antwort vom 14. Dezember desselben Jahres ein: „Sie haben sicherlich darin recht, dass der Brief (sc. der deutschen Bischöfe) verhaltener, reservierter wirkt als Ihr Brief.“ Er wies auf die Schwierigkeiten hin, die von deutscher Seite zu bewältigen waren: „Im Rückblick scheint mir, wir hätten damals einiges wärmer formulieren können, aber wesentlich anders hätten wir, speziell bezüglich der Grenzfrage, kaum schreiben können.“<sup>3</sup>

### Politische Entwicklungen

Sieben Tage bevor Kardinal Döpfner seinen Brief an Kardinal Wyszyński richtete, war in Warschau am 7. Dezember 1970 der „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen“ unterzeichnet worden – vier Monate nach dem am 12. August 1970 in Moskau abgeschlossenen deutsch-sowjetischen Vertrag. Mit der Regierung Brandt-Scheel war in

<sup>3</sup> Vgl. Hansjakob Stehle: Der Briefwechsel der Kardinäle Wyszyński und Döpfner im deutsch-polnischen Dialog von 1970-1971, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 31 (1983) 536 – 553, hier 549.

die deutsche Ostpolitik neue Bewegung gekommen. Symbolisches Gewicht erhielten diese Initiativen durch den Kniefall Willy Brandts am Ehrenmal für die jüdischen Opfer des Getto-Aufstands in Warschau. Unter den polnischen Katholiken – und auch im Vatikan – hatte die neue Ostpolitik der Regierung Brandt-Scheel Erwartungen und Hoffnungen wachgerufen. Man sah in der Formel des deutschsowjetischen Vertrags, der die Grenzen aller Staaten in Europa einschließlich der Oder-Neiße-Linie für unverletzlich erklärte, eine materielle Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze und keineswegs nur, wie die deutsche Seite es verstand, ein Bekenntnis zum Gewaltverzicht. Aber gleichzeitig hatte die Aktivierung der deutschen Ostpolitik auch alte polnische Ängste neubelebt: dass die Unverletzbarkeit der deutsch-polnischen Grenze zuerst in einem Vertrag zwischen Bonn und Moskau garantiert wurde, schien das deutsch-polnische Verhältnis wiederum – wie in früheren Zeiten – zu einer bloßen Funktion der deutsch-russischen Beziehungen zu machen. Die polnischen Bischöfe hätten es gern gehabt, wenn der deutsch-polnische Vertrag vor dem deutsch-russischen abgeschlossen worden wäre. Druck aus Moskau auf Parteichef Władysław Gomułka (1905-1982) verhinderte dies. So war zwar mit den Ostverträgen in der Sicht des polnischen Episkopats ein Durchbruch erreicht – wichtig vor allem im Hinblick auf die endgültige Regelung der Diözesangrenzen und der Seelsorge in den polnischen Westgebieten – aber die polnische Rolle im Rahmen der neu eröffneten deutschen Ostpolitik blieb dennoch ungewiss.

Offensichtlich hatten die polnischen und die deutschen Bischöfe, als sie ihren Dialog begannen, unterschiedliche Erwartungen an die Politik. Der Versöhnungsbrief von 1965 argumentierte aus einem einheitlich geschlossenen Geschichtsbild heraus: Polen als christliche Nation der europäischen Mitte, in den neueren Jahrhunderten immer wieder bedrängt vom Osten (Russland) und vom Westen (Deutschland), nach den Blutopfern und territorialen Verschiebungen des Zweiten Weltkriegs dringend auf sichere Grenzen und stabile Zukunftsperspektiven angewiesen; die Kirche mitverantwortlich für die polnische Nation und daher zu Initiativen nach Westen hin verpflichtet – politische Verständigung mit Deutschland als erhoffte und erwartete Frucht kirchlicher Versöhnung. Das Werk der Politik sollte dem Werk der Kirche folgen. Anders die Haltung des deutschen Episkopats unter den Bedingungen einer religiös zweigeteilten, demokratisch-pluralistisch verfassten Nation: kein einheitliches Geschichts- und Deutschlandbild; eine breite Skala von Meinungen bezüglich der Ostpolitik im allgemeinen und der Politik gegenüber Polen im besonderen; Skepsis bezüglich der Reichweite politischer Initiativen der Kirche und der

Katholiken. Deutsche Neigung zum Abwarten stieß auf polnische Ungeduld, polnischkirchliche Neigung zu gezielten politischen Initiativen traf auf deutsche Gegenvorstellungen von einer Gewaltenteilung zwischen kirchlichen und politischen Ämtern. So erreichte die Kirche Polens zwar in den 1970er Jahren ihr erstes Ziel, die definitive Festlegung der Diözesangrenzen im Westen. Aber sie erreichte es nicht, wie die Kardinäle Stefan Wyszyński und Bolesław Kominek (1903-1974, Breslau) gewünscht hatten, als Ergebnis eines kirchlichen Versöhnungsaktes zwischen Polen und Deutschen, sondern als Konsequenz des Warschauer Vertrags nach dessen Ratifizierung am 2. Juni 1972.

Damit auch das andere Ziel, die endgültige Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze, erreicht werden konnte, bedurfte es nicht nur einer längeren Zeitspanne und eines größeren Abstands von den Kriegseignissen – es bedurfte auch neuer Signale aus Polen. Der Streik der Danziger Werftarbeiter im Dezember 1970, wenige Tage nach der Unterzeichnung des Warschauer Vertrags, wurde zwar von der Regierung blutig niedergeworfen; er wurde aber in Deutschland als Zeichen des polnischen Freiheitswillens aufmerksam registriert. In den auf die Ära Gomułka folgenden Jahren unter Parteichef Edward Gierek verbesserten sich die deutsch-polnischen Beziehungen. 1979 demonstrierte der triumphale Besuch von Papst Johannes Paul II. in Polen nicht nur die Stärke der katholischen Kirche im Land, er führte auch zu erheblichen Unsicherheiten in den kommunistischen Führungen der Länder Osteuropas und verschärfte die Risse im längst nicht mehr monolithischen Ostblock. Kazimierz Brandys, ein Agnostiker, schrieb in sein „Warschauer Tagebuch“ (publiziert 1984): „Wie ich hörte, wird Johannes Paul II. sich vom Flughafen Okęcie mit einem Hubschrauber über die Stadt erheben und dann auf dem Siegesplatz niedergehen ... Der Heilige Vater im Himmel über Warschau schwebend, ein polnischer Papst, der aus den Wolken herabsteigt direkt ins Herz der Hauptstadt ... Man rede mir bitte nicht von Visionen der Romantiker und Surrealisten, ein solches Bild hätte kein Dichter ersinnen können.“

Noch übertroffen wurde dieses Bild – zumindest in der deutschen Wahrnehmung – ein Jahr später durch die Bilder vom zweiten Streik auf der Danziger Werft 1980. Sie erreichten über das Fernsehen die deutschen Haushalte; denn inzwischen hatte der Geist von Helsinki die alten Geheimhaltungs- und Abschirmmechanismen unwirksam gemacht. Plötzlich waren die Deutschen Zeugen des Geschehens im östlichen Nachbarland: der wagemutigen ersten Gründung freier Gewerkschaften im kommunistischen Ostblock, des Kampfs um Freiheit und Gerechtigkeit, um Wahrheit, freie Rede und ein ungeschön-

tes Bild der Geschichte. Die kecke hochgemute Figur des Lech Wałęsa prägte sich ein und wurde populär. Staunend sahen die Deutschen, wie in der Solidarność Arbeiter, Intellektuelle, Bauern, Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung zusammenarbeiteten, wie die schwere Decke des Kommunismus allmählich zu weichen, der Entwurf einer neuen freiheitlichen Gesellschaft sich abzuzeichnen begann. Die Anteilnahme verstärkte sich nach der Verhängung des Kriegsrechts. Nicht nur ein Strom praktischer Hilfe kam in Gang; auch emotional bahnte sich eine Zuwendung zu Polen an. Man fühlte, dass dies nicht ein fernes Geschehen in einem anderen Land war, das einen selbst nichts anging. Seit den Bildern von der Danziger Werft erlebten die Deutschen die Polen nicht mehr nur als Fordernde, sie erlebten sie als Menschen, die in das künftige Europa eine lebenswichtige Mitgift einzubringen hatten. Die Freiheitsbewegung, die sie ausgelöst hatten, sollte sich – trotz vorübergehender Unterdrückung – als unüberwindlich erweisen. Weniger als zehn Jahre später amtierte in Polen der erste nichtkommunistische Ministerpräsident. Warschauer Pakt und COMECON begannen sich aufzulösen, 1991 zerfiel die Sowjetunion. In Europa hatte eine neue Ära begonnen.

Auch die deutsche Wiedervereinigung wäre ohne den Freiheitssturm, der das kommunistische Weltreich zum Einsturz brachte, nicht denkbar gewesen. Hierin sind die Deutschen bis heute Schuldner der Polen – Gorbatschow kam ja erst fünf Jahre nach dem Aufstand von 1980 auf der Danziger Werft! Freilich brachte die Wiedervereinigung auch für Polen greifbare Vorteile. Denn nur das wiedervereinigte Deutschland konnte Polen jene endgültige und verbindliche Garantie der Oder-Neiße-Grenze geben, um die sich die polnische Politik – und die polnische Kirche – in der Nachkriegszeit immer wieder bemüht hatten.

Im August 1989 unterzeichneten polnische und deutsche Katholiken eine Erklärung zur 50. Wiederkehr des Kriegsbeginns. In ihr setzten sie sich für den dauerhaften Bestand der Westgrenze Polens und für die Wahrung der Identität der in Polen lebenden Deutschen wie der in Deutschland lebenden Polen ein. Sie drückten die Hoffnung aus, dass Deutsche und Polen in einem vereinten Europa zusammenwirken und ihre Kräfte verbinden können – so wie dies im Westen Deutschen und Franzosen nach dem Krieg gelungen war. Auch hier wird des Briefs der polnischen Bischöfe an die deutschen Bischöfe gedacht: es sei ihr Verdienst gewesen, „als erste die vielfältige Blockierung aufgesprengt zu haben, die durch Krieg und Okkupation, Feindschaft und Hass und schließlich durch den Kampf der Systeme entstanden war.“

## Kultureller Dialog

„Ernst ist das Leben, heiter ist die Kunst“. Betrachtet man die oft schwierigen Wege deutsch-polnischer Versöhnung im Bereich der Kirchen und der Politik, so kam der kulturelle Dialog zwischen beiden Ländern in der Nachkriegszeit fast wie von selbst in Gang. Er ist heute ganz selbstverständlich geworden und darf in einer Bilanz der letzten vierzig bis fünfzig Jahre nicht fehlen.

Gerade im Bereich der Kultur zeigt sich, dass es zwischen Polen und Deutschen nicht nur Krisen und Kriege, Kämpfe und Verfolgungen gab. Es gab auch Perioden der Normalität, der friedlichen und neugierigen Nachbarschaft, Zeiten des Austauschs, des Handels, der Durchdringung und Vermischung. Man braucht noch nicht einmal in die Zeiten Jan III. Sobieskis (1629-1696) zurückzugehen, der Wien vor den Türken rettete, in die Zeiten, als Polen das Antemurale, die europäische Vormauer im Osten war; man muss sich nur daran erinnern, dass dieses Polen bis ins 18. Jahrhundert hinein – wegen der Glaubensfreiheit für den polnischen Adel! – ein Land der Zuflucht für viele Minderheiten, jüdische wie christliche, gewesen ist. Die Grenzen nach Westen waren fließend. Das barocke Warschau und das barocke Dresden entstanden fast gleichzeitig an Weichsel und Elbe. Für den sächsischen Polenkönig hat der Protestant Bach seine Hohe Messe geschrieben. Auch als der polnische Staat, freiheitlich bis zur Anarchie, ins Magnetfeld stärkerer Kräfte geriet und Teilung und Auflösung sich ankündigten, nahmen die künstlerischen und wissenschaftlichen Beziehungen eher noch zu: man denke an Goethes polnische Bekanntschaften, an seine Fahrt zur Knappschaft in Tarnowitz, an die polnischen Gelehrten und Schriftsteller, die in Weimar aus- und gingen, an Maria Szymanowska, deren Klavierspiel Goethe entzückte und der er in Marienbad das dritte Gedicht der „Trilogie der Leidenschaften“ ins Album schrieb.

Dass man den polnischen Staat von der Landkarte löschte, stieß gerade in den Staaten des Alten Reiches und des Deutschen Bundes auf Proteste: die von Christian Friedrich Daniel Schubart herausgegebene «Deutsche Chronik» sah 1774 Polonia mit fliegendem Haar und jammerbleichem Gesicht die Hände ringen, und nach 1815 ergriffen deutsche Dichter in unzähligen Polenliedern für das um seine Freiheit kämpfende Land Partei, so Franz Grillparzer, Nikolaus Lenau, August von Platen, Friedrich Hebbel, August Heinrich Hoffmann von Fallersleben, Georg Herwegh, Ludwig Uhland, Gottfried Keller ... (stauend-befremdete Huldigungen an das so gänzlich andere Land gibt es übrigens auch in der deutschen Literatur unseres Jahrhunderts: in Alfred Döblins



«Reise in Polen» (1925), in Gottfried Benns „Finis Poloniae» – und auf Schritt und Tritt bei August Scholtis, Siegfried Lenz, Günter Grass, Horst Bienek.)

Die polenfreundlichen Stimmungen steigerten sich im Vormärz ab 1815 und 1848/49 in Deutschland bis zur Waffenbrüderschaft polnischer Aufständischer und deutscher Revolutionäre im Zeichen eines als gemeinsam empfundenen Freiheitskampfes. Der edle Pole, vom Untergang umwittert, todesnah in schöner Verzweiflung, wurde ein geläufiges, fast zu geläufiges Sujet der Salons, der lyrischen Zirkel. Aber dann ebte die Stimmung jäh ab – die realistische Wendung der deutschen Politik bereitete sich vor. Staatlicher Egoismus und nicht Romantik, Priorität der Macht, nicht der Gefühle, keine papierernen Beschlüsse, sondern Blut und Eisen – so tönte es jetzt aus dem nachrevolutionär ernüchterten Deutschland, in dem Preußen die Führung übernahm. Die nationalen Abgrenzungsparolen gingen gegen Ende des Jahrhunderts immer unverhüllter in Beherrschungsparolen über. Angst auf beiden Seiten ... hinter dem Nationalitätenkampf der Rassenkampf. Der Erste Weltkrieg stellte Polen wieder her, aber die alten Rechnungen blieben. Der Versailler Vertrag – klägliches Zeugnis eines säkularisierten, zum Friedensschluss unfähigen Europa – brachte weder im Westen noch im Osten Entspannung auf Dauer. Und der Genozid des Dritten Reiches an Polen und Juden zerstörte die letzten Bindungen zwischen beiden Völkern.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Polen, im Osten ebenso verstümmelt wie Deutschland und um mehr als ein Drittel seines alten Staatsgebiets gebracht, mit Land im Westen entschädigt, das zunächst unter seine Verwaltung gestellt wurde. Es ist ein Ausschnitt der von Hitler und Stalin herbeigeführten europäischen Tragödie, dass nach 1945 die aus ihrer Heimat vertriebenen Insassen der polnischen Universität Lemberg sich in Breslau am Ufer der Oder niederließen – obwohl bis heute die Polen nicht geringe Schwierigkeiten haben, sich Lemberg als russische – heute als ukrainische – Stadt vorzustellen. Umgekehrt begegnen heutige Deutsche in Ostpreußen, Pommern, Schlesien immer auch einem Stück der eigenen kulturellen Vergangenheit. Jahrhunderte lassen sich eben nicht einfach auslöschen oder verdrängen. Es hat Zeit gebraucht, bis auch das deutsche Erbe in Mittel- und Osteuropa nach und nach erkannt, gewürdigt und als Teil einer gemeinsamen europäischen Überlieferung neu erschlossen wurde.

Pioniere einer solchen Denk- und Sehweise gab und gibt es genug, in Deutschland wie auch in Polen. So hat der 1992 viel zu früh verstorbene Marian Szy-

rocki Entscheidendes zur Rettung, Sammlung und neuerlichen Erschließung der Handschriften der großen schlesischen Poeten – darunter des „Polonus“ Angelus Silesius – beigetragen. Heute erinnern in Polen Gedenkzeichen an die Stätten Joseph von Eichendorffs und der Brüder Carl und Gerhart Hauptmann. Polnische Denkmalpfleger haben Gebäude in Deutschland restauriert und rekonstruiert. Umgekehrt sind zahlreiche Orgeln in Polen durch deutsche Initiativen wieder spielbar gemacht oder neu gebaut worden. Auch der Austausch zwischen den Bibliotheken kam glücklicherweise auch in der kältesten Zeit des kalten Krieges nie ganz zum Erliegen und hat sich in den letzten Jahren mit Programmen der Systematisierung und Katalogisierung intensiviert. Der Schriftgutsicherung, der Verbesserung der Zugänglichkeit und des Schutzes von Druckwerken im Schnittpunkt polnischer und deutscher Kultur in polnischen Bibliotheken kommt dabei besondere Bedeutung zu. In acht polnischen Bibliotheken wurden Mitte der 1990er Jahre Altbestände mit EDV katalogisiert. In mehreren Bibliotheken sind Verfilmungswerkstätten eingerichtet worden.

Der „Warschauer Herbst“ war auch in der Zeit der Teilung Europas ein Anziehungspunkt für westliche Musiker. Deutsche Opern-Ensembles und Orchester haben immer wieder daran teilgenommen. Zur Geltung Polens in der Nachkriegszeit haben nicht nur neue Künste wie Film, Graphik, Plakat, Pantomime beigetragen – auch polnische Orchester, Chöre, Ensembles, Solisten kamen über die Grenze und fanden in Deutschland ein verständnisvolles und begeistertes Publikum. Führende Musiker wie Witold Lutosławski und Krzysztof Penderecki sind heute in Deutschland ebenso bekannt wie in Polen (und in der ganzen Welt). Vor allem Penderecki ist durch die Uraufführung seiner Lukaspassion 1966 im Dom zu Münster international berühmt geworden. 1995 hat er mit den Münchner Philharmonikern seine Dritte Symphonie in München uraufgeführt.

Besonders nachhaltig hat nach 1945 die polnische Literatur auf Deutschland eingewirkt. Gewiss fand sich auch schon früher Interesse für sie, vor allem für klassische Autoren wie Adam Mickiewicz, Henryk Sienkiewicz, Władysław Reymont; aber die polnischen Schriftsteller standen doch im Schatten der in Deutschland stärker präsenten und öfter übersetzten Russen. Das hat sich in den letzten Jahrzehnten geändert: Schon aus einer polnischen Statistik Ende der siebziger Jahre geht hervor, dass Deutschland (und die deutschsprachigen Länder) von allen Ländern der Welt die meisten Übersetzungen aus dem Polnischen aufzuweisen haben (Literatura, 2. und 9. Juni 1977). Das Gesamtwerk

von Witold Gombrowicz ist zuerst in deutscher Sprache erschienen, dann auf polnisch in Paris und dann erst in Polen selbst. Es gibt deutsche Gesamtausgaben von Sławomir Mrożek und Stanisław Lem; auch Marek Hłasko, Zbigniew Herbert, Hanna Krall, Stanisław Jerzy Lec oder Tadeusz Różewicz sind mit vielen Büchern auf dem deutschen Buchmarkt präsent – und nicht zuletzt Andrzej Szczypiorski, in Deutschland wohl der nach wie vor bekannteste polnische Romancier, auf den allerdings durch seine in den letzten Jahren bekannt gewordene langjährige Zusammenarbeit mit dem polnischen Staatssicherheitsdienst ein gewisser Schatten gefallen ist. In den 1980er Jahren hat die polnische Literatur neue Talente hervorgebracht, die sich erst nach der friedlichen Revolution 1989 richtig entfalten konnten und auch in Deutschland wahrgenommen wurden. Dazu gehören zum Beispiel die beiden Danziger Autoren Paweł Huelle und Stefan Chwin, die die Tradition der Danziger Literatur weiterführen. Aber auch der Exil-Heimkehrer Czesław Miłosz und natürlich die Literatur-Nobelpreisträgerin von 1996, die Lyrikerin Wisława Szymborska, werden in Deutschland gelesen, darüber hinaus die literarischen Hoffnungen der jungen Generation wie Andrzej Stasiuk, Olga Tokarczuk oder die 1983 geborene Dorota Masłowska, die erste nennenswerte Autorin, die in der nachsozialistischen Ära aufgewachsen ist.

Kurzum, Polen ist in deutscher Sprache – trotz manchmal kleiner Auflagen und exklusiver Leserkreise – „in einer Breite und Tiefe vorhanden, wie dies in keiner anderen Sprache sonst vorkommt“. So urteilt Karl Dedecius, der als Übersetzer, als ehemaliger Direktor des Polen-Instituts in Darmstadt und Herausgeber der Polnischen Bibliothek des Suhrkamp Verlags zu den verdientesten Initiatoren des deutsch-polnischen Dialogs gehört. Am 18. Dezember hat er in Berlin gemeinsam mit der polnischen Literaturübersetzerin Małgorzata Łukasiewicz den Deutsch-Polnischen Preis 2009 verliehen bekommen.

Nimmt man das verdienstvolle Wirken der Goethe-Institute und der polnischen Kulturinstitute hinzu, die Aktivitäten auf dem Gebiet der Wissenschaft und Pädagogik, die Förderung des Schüler- und Studentenaustauschs, die Studienreisen polnischer Wissenschaftler und Fachleute nach Deutschland, die Fortbildungsseminare zur deutschen Gegenwartssprache für polnische Deutschlehrer und Lektoren, die Förderung der Fremdsprachenkollegs für die Ausbildung von Deutschlehrern in Polen, die Forschungsstipendien und Buchspenden, das Studenten und Gastprofessorenprogramm der Europa-Universität „Viadrina“ in Frankfurt an der Oder, die Unterstützung von Übersetzern und Verlegern, dann wird deutlich, wie dicht und fest das Netz

des kulturellen Austauschs im Lauf der Zeit geworden ist. Gewiss, noch ist die sprachliche Kommunikation einseitig. Weit mehr Polen sprechen deutsch als Deutsche polnisch. Aber was noch nicht ist, kann in Zukunft noch werden. Der polnisch-deutsche Dialog ist eine Sache von Generationen. Hoffen wir, dass er sich in den kommenden Jahren und Jahrzehnten weiter verstärkt und dass immer mehr junge Menschen in Deutschland mit der Zeit den Nachbarn im Osten in seiner eigenen Sprache verstehen lernen.

### **Ermutigende Bilanz**

Im Ganzen ist die Bilanz des deutsch-polnischen Dialogs ermutigend. Es gibt zwar weiter manche politische Meinungsverschiedenheiten und auch Dissonanzen, aber wirklich gefährliche Konflikte in den polnisch-deutschen Beziehungen gibt es heute nicht mehr. Der Stein der Grenzfrage ist gewälzt. Die Frage der Restitutionsansprüche ist beantwortet, dafür gibt es keine Grundlage. Wir verfügen über viele Mechanismen zur Lösung laufender Probleme. Die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit läuft und wird ausgebaut. Das Polnisch-Deutsche Jugendwerk arbeitet gut. Die Kooperation der Euroregionen entwickelt sich. Der polnisch-deutsche Dialog ist dabei, zu einer Sache des Alltags zu werden. Er findet nicht mehr statt zwischen den wechselseitigen Utopien und Idealbildern, sondern zwischen den konkreten Menschen und Gruppen. Gewiss, noch sind die Möglichkeiten der „Gemeinsamen Erklärung“ vom 14. November 1989 und des deutschpolnischen Vertrages „über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ vom 17. Juni 1991 nicht ausgeschöpft. Ein noch engerer Austausch, viele Kontakte von Mensch zu Mensch sind nötig. Doch ich bin sicher: die Jugend beider Völker wird das Werk der Versöhnung zu Ende führen, das die Älteren begonnen haben. Wer, wenn nicht die Jugend, sollte es tun?

Die Vergangenheit bewältigen – das heißt noch nicht: die Zukunft meistern. Wir alle müssen auf neue Herausforderungen gefasst sein – das wiedervereinigte Deutschland ebenso wie das neue freie Polen in der Mitte Europas, das seit den Jahren 1989-1991 sieben neue Nachbarn hat; denn vor dieser Zeit gab es weder das wiedervereinigte Deutschland noch die Russische Föderation, weder Litauen noch Weißrussland noch die Ukraine, weder die Slowakei noch die Tschechische Republik. Die nächsten Jahre werden darüber entscheiden, ob die Osterweiterung der europäischen Union endgültig gelingt, ob im Osten Europas ein ähnliches Werk des Ausgleichs und der Versöhnung entsteht wie im Westen, Süden und Norden Europas. Davon wird abhängen, ob Mit-

tel-, Ost- und Südosteuropa eine freiheitliche – oder eine nur postkommunistische – Zukunft haben werden. Noch ist der Ausgang ungewiss.

Deutschland sollte Polen in den kommenden Jahren nach Kräften politische und wirtschaftliche Hilfe leisten, damit das Land seinen Platz in einem vereinten und friedlichen Europa festigt. Private Initiativen sind hier fast ebenso wichtig wie staatliche Unterstützung. Ich wünsche mir aber auch, dass etwas von polnischen Überlieferungen und Denkweisen in die deutsche politische Kultur übergeht: etwas von jener leidenschaftlichen Freiheitsliebe, die den Ruhm der polnischen Geschichte ausmacht und aus der sich die erstaunliche Beharrungskraft dieser Nation gegenüber dem Totalitarismus des 20. Jahrhunderts in beiderlei Gestalt erklärt. Die Polen können gewiss auch von den Deutschen etwas lernen: Ordnung, Effizienz, Rationalität. Aber ist das so wichtig? Wichtiger ist, so scheint mir, dass die Deutschen von den Polen etwas lernen, was sie in ihrer Geschichte immer wieder zu vergessen drohen: dass vor aller Ordnung – und lange vor ihr – die Freiheit kommt.

Aber die jüngsten Verwerfungen im deutsch-polnischen Verhältnis, der Streit um das „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin oder die Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, die polnischen Angriffe gegen die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen und CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach, der Briefwechsel zwischen Bundestagspräsident Norbert Lammert und Staatssekretär Władysław Bartoszewski in dieser Angelegenheit vom März 2009? Ich nehme das alles ernst, gewiss. Vieles verwundert, enttäuscht, schockiert mich. Manches kann ich schlicht nicht begreifen. Doch mit einer dauerhaften Abkühlung der polnisch-deutschen Beziehungen rechne ich nicht. Wir können sie uns im enger zusammenwachsenden Europa mitten in einer globalen Krise einfach nicht leisten. Wichtig ist, dass die im polnisch-deutschen Gespräch Erfahrenen zur Klärung der Sachverhalte beitragen und nicht Emotionen schüren und Öl ins Feuer gießen. Das ist ein Appell an uns alle, die wir in diesen Beziehungen engagiert sind.

*Der Vortrag wurde am 18. März 2009 im Rahmen der Tagung „Deutsche, Polen, Europa gehalten. Gemeinsame und getrennte Geschichtserzählung“ in der Akademie für politische Bildung Tutzing. Das Manuskript wurde im Einverständnis mit dem Autor von Stephan Raabe Anfang 2010 in einzelnen Punkten ergänzt und aktualisiert.*

# Deutschland 20 Jahre nach der Wiedervereinigung und die deutsch-polnischen Beziehungen in Europa

## Die friedliche Revolution 1989

*Bernhard Vogel*

9. November 1989. Ich war Teilnehmer an einer Delegation, die sich auf dem Köln-Bonner Flughafen um Helmut Kohl versammelte, der seinen ersten offiziellen Besuch als Bundeskanzler in Polen machte. Mit einer Maschine der Bundesluftwaffe flogen wir nach Warschau. Am Abend waren wir Gäste von Ministerpräsident Mazowiecki bei einem festlichen Bankett im ehemaligen Palais des Fürsten Radziwiłł. Während des Abendessens trafen Nachrichten aus Deutschland ein, die unglaublich klangen. Das Brandenburger Tor sei offen, die Menschen strömten zu Tausenden über die Grenze, in Bonn hätten sich die Abgeordneten des Bundestages erhoben und die Nationalhymne gesungen. Wir konnten nicht fassen, was geschehen war. Wir wahrten mit Mühe die Höflichkeit, aber nach dem Kaffee hielt es uns nicht länger. Wir eilten zurück ins Hotel und dort an die Fernsehgeräte. Unglaubliche Bilder. Ich wusste nicht, ob ich träumte oder wachte. Tränen traten mir in die Augen. War das wirklich wahr? Konnte das wahr sein? Und wir in Polen und nicht in Berlin! Schließlich, gegen Mitternacht, versuchte Helmut Kohl Ordnung in unser Stimmengewirr zu bringen. Er war überzeugt, er musste den Staatsbesuch unterbrechen und wollte doch auf keinen Fall die Gefühle unserer Gastgeber verletzen. Er wollte am nächsten Mittag nach Berlin fliegen, aber so rasch wie möglich zurückkehren. Wir sollten auf seine Rückkehr warten. Notgedrungen folgten wir seiner dringenden Bitte – und waren überzeugt, er werde nicht zurückkommen.

Er kam zurück. Der Staatsbesuch wurde fortgesetzt. Und wir besuchten Auschwitz und Kreisau. In Kreisau kam es während der Sonntagsmesse am 12. November 1989 zum Friedensgruß zwischen Mazowiecki und Kohl. Am 13. November hat die Katholische Universität Lublin, die in der Zeit des Kommunismus zu Recht von sich sagen konnte, die einzige freie Universität

zwischen West-Berlin und der asiatischen Pazifikküste zu sein, Helmut Kohl die Ehrendoktorwürde verliehen. Erst als ich wieder in Deutschland war, habe ich langsam begriffen, was am 9. November 1989 geschehen war. Der Zusammenbruch der DDR kam über Nacht. Ich hatte über Jahrzehnte an die Wiedervereinigung geglaubt und auf sie gehofft. So hatte ich sie mir nicht vorgestellt. Dass ich sie selbst noch erleben würde, hatte ich nicht zu hoffen gewagt. Was in der DDR geschah, war eine Revolution. Und vor allem: es war eine friedliche Revolution. Es war mehr als nur eine Wende, es war der von den Menschen in der DDR erzwungene Umsturz der SED-Diktatur, ohne Gewalt, mit Angst im Herzen, mit Kerzen in den Händen und Gebeten auf den Lippen, letztlich mit dem Ziel der Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit. Es fiel kein Schuss, es floss kein Tropfen Blut.

### „Türöffner der Freiheit“

Dass es so kam – dass die Mauer fiel, dass die Menschen in der DDR und in den osteuropäischen Staaten friedlich Unfreiheit und Unterdrückung überwand, dass die Freiheit siegte – haben wir Europäer, haben wir Deutsche, insbesondere Polen zu verdanken. Die Grundlagen dieser historischen Ereignisse sind in Polen gelegt worden. Lange vor dem 9. November 1989. Das Kardinalskollegium wählte im Oktober 1978 einen Polen zum Papst. Da muss der Heilige Geist selbst die Hand im Spiel gehabt haben, hat Erzbischof Nossol zu Recht gesagt. Die Wahl Karol Wojtyła, seine erste Reise in sein Heimatland im Juni 1979 – die erste Reise eines Papstes in ein kommunistisches Land –, haben in Polen gewaltige Kräfte freigesetzt. Bereits bei seiner Amtseinführung im Oktober 1978 sprach Johannes Paul II. die entscheidenden Worte. Worte, die zum Fanal für den Aufbruch, zunächst der Gewerkschaftsbewegung *Solidarność*, und dann für die Freiheit in ganz Mittel- und Osteuropa wurden: „Öffnet, ja reißt die Tore weit auf für Christus! Öffnet seiner rettenden Macht die Grenzen der Staaten, die wirtschaftlichen und politischen Systeme, die weiten Bereiche der Kultur, der Zivilisation und des Fortschritts. Habt keine Angst!“ Johannes Paul II. wurde zum „Türöffner der Freiheit“ (Helmut Kohl), zum Impulsgeber der friedlichen europäischen Revolution. Achtzehn Jahre später durchschritt er am 23. Juni 1996 in Berlin das Brandenburger Tor. „Jetzt, nachdem ich durch das Brandenburger Tor gegangen bin, ist auch für mich der Zweite Weltkrieg zu Ende!“ bemerkte er tief bewegt. Es war kein leichter Gang für ihn. Noch im Anflug auf Berlin hatte er sich an Kardinal Lehmann gewandt: „Wissen Sie, was es für einen polnischen Papst bedeutet, hier in Berlin zu sein? – Preußen, Nationalsozialismus und Kommunismus! – und da muss der Papst hin!“

Johannes Paul II. hat, wie Lech Wałęsa es formuliert hat, die Menschen in der kommunistischen Welt „zum Erwachen gebracht“. Der Weg sollte jedoch noch lange sein. Aber sein Besuch 1979 in Polen erschütterte die kommunistische Herrschaft bis ins Mark. Ich erinnere an die Ereignisse auf der Danziger Leninwerft im August 1980, als das Streikrecht und das Recht zur Gründung unabhängiger Gewerkschaften erkämpft wurde – die Geburtsstunde der *Solidarność*-Bewegung. Vor fünf Jahren, in Danzig, bei den Feierlichkeiten aus Anlass des 25-jährigen Jubiläums der Ereignisse auf der Leninwerft, stand über dem Rednerpult in großen Lettern: „Today was born in Gdańsk“ – „Die Gegenwart wurde in Danzig geboren“. Ich erinnere an den ersten „Runden Tisch“ im Frühjahr 1989 in Warschau, der zum Vorbild aller „Runden Tische“ wurde, und an die ersten halbwegs freien Wahlen in Polen am 4. Juni 1989, an den Erfolg von *Solidarność* und die spätere Wahl von Tadeusz Mazowiecki zum Premierminister. Diese Entwicklung war alles andere als selbstverständlich. Polen selbst hatte die Kriegsrechtszeit vom Dezember 1981 bis Juli 1983 zu erleiden gehabt. Parallel zum Einzug wirklicher Demokratie in Polen schlug das chinesische Militär am 3./4. Juni 1989 im Zentrum Pekings die Proteste der Bevölkerung blutig nieder. Soviel steht aber fest: Ohne *Solidarność*, ohne Männer wie Lech Wałęsa, Tadeusz Mazowiecki oder Władysław Bartoszewski und viele andere, ohne die Wahl eines Polen zum Papst wäre es nicht zum Zusammenbruch des Kommunismus in Europa gekommen, hätte es die deutsche Wiedervereinigung nicht gegeben.

Auch Ungarn ist zu danken, das den ersten Stein aus der Mauer herausbrach, als es mit dem „Paneuropäischen Picknick“ am 19. August 1989 bei Šopron die Grenze zu Österreich für einige Stunden – und am 11. September endgültig auch für Bürger aus der DDR öffnete. Und es ist das Verdienst von Michail Gorbatschow, der – anders als seine Vorgänger am 17. Juni 1953 – den sowjetischen Truppen in der DDR den Befehl gab, in den Kasernen zu bleiben, die Panzer nicht rollen zu lassen, nicht zu schießen. Gorbatschow hat mit Mut und Weitsicht die neue sowjetische Politik begründet und damit den Weg zur friedlichen Revolution in der DDR freigemacht – und zur Wiedervereinigung Deutschlands. Wir verdanken es George Bush, dem alten Bush, der am mutigsten erkannt hat, was zu tun war, der sich als erster Staatsmann – als andere noch zögerten – auf unsere Seite stellte. Und wir verdanken es nicht zuletzt Helmut Kohl, dem es gelang, den winzigen Spalt, der sich nur für wenige Monate 1989 und 1990 öffnete, zu nutzen, um das Tor aufzustoßen, das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen und die Wiedervereinigung letztlich mit Billigung aller unserer Nachbarn zu erreichen. Helmut Kohl nutzte

die Grundlagen, die vier Jahrzehnte zuvor von Konrad Adenauer, dem ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik, für die Rückkehr Deutschlands in die Wertegemeinschaft der freien Welt gelegt worden waren.

### **Deutsche und europäische Vereinigung**

329 Tage nach dem 9. November, in der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober 1990 war Deutschland in Frieden und Freiheit, mit Zustimmung aller seinen Nachbarn wiedervereinigt. Die Grenze zu Polen war bereits im Zwei-Plus-Vier Vertrag vom 12. September endgültig festgeschrieben worden und wurde im deutsch-polnischen Grenzvertrag vom 14. November noch einmal völkerrechtlich bestätigt. Das Jahrhundertproblem, die „deutsche Frage“, gab es nicht mehr. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts hat sie, die Frage nach den Grenzen und der territorialen Ordnung Deutschlands, immer wieder auf der politischen und nur allzu oft auch auf der militärischen Tagesordnung in Europa gestanden. Die Gründung der Bundesrepublik und der DDR nach dem Zweiten Weltkrieg und ihre Einbindung in die westliche Wertegemeinschaft bzw. den kommunistischen Ostblock, haben diese Fragen für Jahrzehnte unlösbar erscheinen lassen. Jahrzehntelang bedrohten die deutsche Teilung und der Eiserner Vorhang den Weltfrieden. Waffenstarrend standen sich die Armeen des Westens und des Ostens gegenüber. Mehr als einmal standen Europa und die Welt am Rande eines Atomkriegs. Das alles gehört heute glücklicherweise der Vergangenheit an! Der Kommunismus ist besiegt. Der Ost-West-Konflikt ist beendet. In Deutschland und in fast ganz Europa herrschen Frieden und Freiheit. Das vereinte Deutschland hat wieder seinen festen Platz unter den freien Völkern. Es ist eingebunden in internationale Strukturen und ist ein stabiler und gleichberechtigter Partner. Zu keiner Zeit unserer langen Geschichte zuvor haben Deutsche sechs Jahrzehnte ohne Krieg, in Frieden und Freiheit gelebt. Zum ersten Mal in unserer Geschichte sind alle unsere Nachbarn unsere Freunde.

Weitsichtige polnische Politiker hatten schon früh mit der deutschen Wiedervereinigung gerechnet und sie aktiv unterstützt. Denn sie wussten, dass diese Wiedervereinigung, die Überwindung des eisernen Vorhangs, zugleich auch die Voraussetzung für die Einigung Europas in Frieden und Freiheit war: Ohne die Lösung der deutschen Frage kein Ende der europäischen Teilung. Die Wiedervereinigung war Voraussetzung auch für den Weg Polens und der anderen ostmitteleuropäischen Staaten in die Europäische Union und in die NATO. Helmut Kohl hat sich nach 1989 vehement für den baldigen Beitritt

Polens zur NATO und zur Europäischen Union eingesetzt. Wir haben nie gemeint, Polen müsse um den Beitritt bitten, sondern wir waren immer davon überzeugt, die Europäische Union nenne sich zu Unrecht eine Europäische Union, so lange sie nur eine west- und südeuropäische Union sei. Polen gehöre genauso wie Frankreich, Italien oder Spanien zur Europäischen Union. Es war die Ungunst der Nachkriegsentwicklung, die totalitäre Herrschaft und die sowjetische Bevormundung, die Polen gegen den Willen seiner Bevölkerung davon abhielt, Mitglied der Europäischen Gemeinschaft zu sein. Helmut Kohl ist es ganz maßgeblich zu verdanken, dass das Thema der Osterweiterung Anfang der neunziger Jahre auf die Tagesordnung der Europäischen Union gelangte und gegen manchen Widerstand dort geblieben ist – bis zu ihrem Vollzug am 1. Mai 2004.

### **Nachbarn, die einander brauchen**

Das Friedens- und Versöhnungswerk Europa – insbesondere auch die deutsch-polnische Partnerschaft, die ein Schlüssel der europäischen Einigung ist – bedarf deshalb weiterhin großer Anstrengungen. Es wird gelingen, wenn wir mit nüchternem Verstand, mit politischem Realismus, auf dem festen Grund christlicher Überzeugungen, mit der Widersprüche und Konflikte überbrückenden Kraft des Glaubens und mit Leidenschaft gemeinsam als Deutsche und Polen für Europa eintreten. Ich bin davon überzeugt: Je intensiver der Dialog geführt wird, je größer die daraus erwachsende gegenseitige Kenntnis ist und das sich daraus entwickelnde gegenseitige Verständnis wächst, desto mehr wird man sich gegenseitig mit klarem, nüchternem Blick einschätzen können. „Ein guter Nachbar ist besser als ein Bruder in der Ferne“, sagt ein deutsches Sprichwort. „Wir sind Nachbarn, die einander brauchen!“, hat Angela Merkel vor kurzem formuliert. Es lohnt sich, an einem guten Miteinander und an einer guten Nachbarschaft zu arbeiten. Johannes Paul II. hat es einmal treffend formuliert: „Es war Gottes Wille, der Deutsche und Polen zu Nachbarn gemacht hat. Er hat sich dabei etwas gedacht!“

### **Bilanz der deutschen Wiedervereinigung**

Zurück zur deutschen Wiedervereinigung. Als die unmenschliche Grenze zwischen Deutschland und Deutschland damals über Nacht fiel, wurde uns schnell klar: Wir waren auf die Wiedervereinigung in dieser Form nicht vorbereitet. Nirgendwo gab es einen Plan, wie man das macht, die Länder, die das SED-Regime aufgelöst hatte, wieder zu errichten, die Folgen der Teilung zu

beseitigen, Deutschland wieder zu vereinigen. Es gab in Bonn ein Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, ein Ministerium für gesamtdeutsche Antworten gab es nicht. Es ist nicht deutsche Übung, über Nacht sich neuen Herausforderungen zu stellen. Typisch deutsch wäre es gewesen, eine Kommission zu bilden, sie zwei Jahre arbeiten zu lassen und sich dann damit zu befassen, was man von den Ratschlägen umsetzen wolle. Doch dafür blieb keine Zeit. Aus dem Stegreif musste gehandelt und entschieden werden. Die Erfolge aber auch die Misserfolge der letzten zwanzig Jahre stehen mir vor Augen, unser Bemühen, mit der Hinterlassenschaft des SED-Regimes zurechtzukommen und die fünf wiedererstandenen jungen Bundesländer wieder mit den elf Ländern der alten Bundesrepublik vergleichbar zu machen. Fehler wurden gemacht. Natürlich, hätten wir Zeit gehabt zu planen und zu üben, wäre manches problemloser gelungen. Zwei Jahrzehnte haben nicht ausgereicht, um die verheerenden Folgen von SED-Herrschaft und sozialistischer Planwirtschaft vollständig zu überwinden. Die Probleme in den jungen Ländern, die uns bis heute zu schaffen machen, sind nicht die Folgen der deutschen Einheit, sondern die Folgen der deutschen Teilung. Nicht die ganze ehemalige DDR ist heute eine blühende Landschaft, doch es gibt blühende Landschaften – später als erwartet und nicht überall, aber wer nach Dresden oder Leipzig, nach Jena, Erfurt oder Potsdam fährt, der kann blühende Landschaften sehen. Die Städte im Osten Deutschlands haben ein anderes, ein neues Gesicht bekommen.

Gleichwohl gibt es nach wie vor große Probleme. Die Wirtschaftsleistung des Ostens lag 2008 bei rund 69 Prozent des Westens, die Steuerkraft pro Einwohner erreichte auch 2007 nur 38 Prozent des Westniveaus und die Steuerdeckungsquote lag bei 54,8 Prozent, im Westen bei 80,4 Prozent. Das macht deutlich: Die öffentlichen Haushalte der jungen Länder stehen weiter nicht auf eigenen Füßen, können noch nicht auf eigenen Füßen stehen. Die Hilfe nach dem Solidarpakt II – die finanzielle Förderung der jungen Länder zum Abbau teilungsbedingter Sonderlasten – dessen Laufzeit 2019 endet, wird noch dringend gebraucht. Das größte Problem bleibt der Arbeitsmarkt, schon gar angesichts der Herausforderungen infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise: Mit einer Arbeitslosigkeit, die im April 2010 mit 12,7 Prozent in den jungen Ländern immer noch fast doppelt so hoch war wie im Westen (6,9 Prozent), kann sich niemand abfinden.

Zur Bilanz der Wiedervereinigung gehört, was in den letzten zwanzig Jahren noch nicht gelungen ist, aber auch das, was gelungen ist: Viele Städte und ganze Landstriche sind nicht wiederzuerkennen, massive Umweltschäden sind

beseitigt worden. Die Qualität von Luft und Wasser ist eine völlig andere. Die Lebenserwartung in den jungen Ländern, die um fünf Jahre hinter der in der Bundesrepublik zurücklag, ist inzwischen die gleiche wie im Westen. Die Qualität der Wohnungen hat sich erheblich verbessert. Mittlerweile gibt es nicht mehr zu wenig, sondern zu viel Wohnraum. Bei der sozialen Infrastruktur gibt es große Fortschritte: Krankenhäuser, Behinderteneinrichtungen, Schulen und Kindergärten sind häufig moderner als im Westen, weil es dringenden Modernisierungsbedarf gab. Und verständlicherweise wurde nicht in Standards von gestern, sondern in Standards von morgen investiert, haben wir nicht Krankenhäuser gebaut, wie sie im Westen zwanzig Jahre früher gebaut worden sind, sondern auf dem heutigen Stand. Seit 1940 war in den jungen Ländern kein Kilometer neue Autobahn mehr gebaut worden. Als ich Ministerpräsident von Thüringen wurde, gab es dort 250 Kilometer Autobahn. Heute sind es über 580 Kilometer. Das Deutsche Museum in München ließ bei mir anfragen, ob man die Telefonanlage Erfurts erwerben könne. Es sei die älteste in Deutschland noch im Betrieb befindliche. Heute herrscht Neid, dass Thüringen schneller als Rheinland-Pfalz mit Glasfaser verkabelt worden ist. Die Infrastruktur der jungen Länder hat sich gut entwickelt, sie sind zu einem attraktiven Investitionsstandort geworden. Neben der modernen Infrastruktur tragen dazu auch das große Angebot an Immobilien und freien Flächen, eine unternehmensfreundliche öffentliche Verwaltungsstruktur, relativ geringe bürokratische Hürden und günstigere Lohn- und andere Kosten im Vergleich zu Westdeutschland bei.

Die Kosten der Überwindung der Teilung sollte man nicht verschweigen, denn nirgendwo und nie zuvor hat ein Landesteil dem anderen in vergleichbarem Ausmaß geholfen. Allein zwischen 1995 bis 2000 flossen 133 Milliarden Euro Aufbauhilfe von West nach Ost. Die westdeutschen Partnerländer der jungen Länder taten ihr Übriges. Ohne Zweifel war es richtig, die sozialistische Planwirtschaft durch die Soziale Marktwirtschaft zu ersetzen. Aber wir mussten erkennen, dass der Aufbau des Trümmerhaufens Deutschland nach 1948 im Westen nach dem Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft durch Ludwig Erhard sich als weniger schwierig erwies als der Umbau des sozialistischen Planwirtschaftssystems zu einem System der Sozialen Marktwirtschaft. Der Umbau der Wirtschaft verlief nicht ohne Schmerzen und er hat Narben hinterlassen. Nicht alle hatten die Chance neu anzufangen. Drei von vier Beschäftigten verloren ihren angestammten Arbeitsplatz. Selbstverständlich hat es Konsequenzen, ob die freiheitliche Wirtschaftsordnung – wie in der alten Bundesrepublik – für jeden sichtbar zu jährlich wachsendem Wohlstand und zur Vollbe-

schäftigung führt oder ob – wie in den jungen Ländern – kein vergleichbarer Siegeszug stattfindet.

### **Aktuelle politische Entwicklungen und Herausforderungen**

Es gibt also schon Gründe dafür, dass ein Teil der Wähler im Osten Deutschlands die Partei „Die Linke.“ anziehend finden. Die Linke, die Nachfolgepartei der SED, hat zu keinem Zeitpunkt die Verantwortung für den Unrechtsstaat der DDR, die menschenrechtswidrige Unterdrückung von Freiheit und Demokratie, für gefälschte Wahlergebnisse und Todesschüsse übernommen. Inzwischen hat sie auch in der alten Bundesrepublik Fuß gefasst und ist in 13 Länderparlamenten und im Bundestag vertreten – die Länder Berlin und Brandenburg regiert sie mit. Für die Fortexistenz dieser sozialistischen Partei ist nicht allein die wirtschaftliche Situation in den jungen Ländern ausschlaggebend. Sie existiert – wie in vielen Ländern Europas – auch, weil der Traum des Sozialismus trotz aller weltweit gemachten katastrophalen Erfahrungen noch immer nicht bei allen endgültig ausgeträumt ist. Sie hat Unzufriedene und Frustrierte, Enttäuschte und zu kurz Gekommene in ganz Deutschland an sich gezogen, sie hat die deutsche Sozialdemokratie gespalten.

Nach den Bundestagswahlen von 2005 ließen die Wähler den beiden Volksparteien keine andere Wahl als die Bildung einer großen Koalition – auch wenn beide es nicht wollten. Das Wohl des Landes musste vorgehen. Und ganz so schlecht, wie manche Kritiker meinen, sind wir mit der großen Koalition nicht gefahren. Dennoch war es wichtig, dass nach den Wahlen vom Herbst 2009 die Rückkehr zu normalen, über Jahrzehnte bewährten Verhältnissen in unserer parlamentarischen Demokratie möglich wurde. Eine in den Wahlen erfolgreiche Volkspartei regiert zusammen mit einer kleinen Partner. Die andere Volkspartei bildet eine starke, schlagkräftige Opposition. Die Bundesrepublik Deutschland ist heute zweifelsohne ein gefestigter, demokratischer Staat. Aber Haarrisse sind nicht zu übersehen: die bedrohlich sinkende Wahlbeteiligung, die sinkende Zustimmung zu den beiden Volksparteien, die Aufsplitterung der Parteienlandschaft, die wachsende Kritik an Politik und Politikern, die offensichtliche Krise des Föderalismus, der Macht teilt und Zentralismus verhindern soll – um nur Beispiele zu nennen.

Darüber hinaus stehen wir in Europa und in der Welt vor neuen, großen Herausforderungen: die steigende Gefährdung unserer Umwelt infolge des Klimawandels; die demographische Entwicklung; die Probleme der Migration;

die Privatisierung der Gewalt; die Zunahme terroristischer Aktivitäten; der Verfall staatlicher Strukturen in Teilen der Welt. Die Globalisierung. Wir haben uns mit den Chancen und Risiken der Globalisierung nicht rechtzeitig und entschieden genug auseinandergesetzt. Diese stichwortartig genannten Herausforderungen sind heute längst nicht mehr von einzelnen Ländern wie Deutschland, Polen oder Frankreich oder selbst „den Großen“ – den Vereinigten Staaten, Russland oder China – allein zu bewältigen. Wir müssen uns ihnen gemeinsam stellen, denn nur gemeinsam werden wir sie erfolgreich bewältigen können.

Am stärksten bedrängt uns derzeit vor allem die Weltfinanz- und Wirtschaftskrise. Sie zu bewältigen, ist die größte Herausforderung, vor der Deutschland, Europa und die Welt derzeit stehen. Erst Recht, seit uns die akute Krise um den Euro in Atem hält. Wir wissen heute, dass wir hier Fehler gemacht haben, dass wir in der Europäischen Union nicht rechtzeitig die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen haben, damit Entwicklungen wie in Griechenland rechtzeitig erkannt und gegengesteuert werden kann. Die Mitgliedsstaaten müssen ihre nationalen Haushalte in Ordnung bringen. Wir leben über unsere Verhältnisse, wir machen viel zu hohe Schulden, auf Kosten der nachfolgenden Generationen. Wir müssen uns kritisch mit den Rating-Agenturen auseinandersetzen. Sie dürfen Staaten künftig nicht mehr derart negativ beurteilen, wie es deren eigentlicher Situation nicht entspricht. Rating-Agenturen dürfen nicht über die Zukunft des Euros entscheiden. Auch auf rücksichtslose Spekulationen gegen den Euro muss Europa reagieren. Mit dem Euro-Rettungsschirm – eine noch nie dagewesene Maßnahme in der Geschichte der Europäischen Union in Höhe von 750 Milliarden Euro – wurde eine deutliche Antwort gegeben – und sie wurde rasch gegeben. Die Euro-Länder und die ganze Europäische Union haben klargestellt, dass sie mit allen Mitteln dazu bereit sind, das Geld ihrer Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Auch beim zuvor notwendig gewordenen Rettungspaket für Griechenland hat die Bundesregierung unter Angela Merkel sich richtig verhalten. Überstürzte Hilfe hätte den Druck von Griechenland genommen, selbst die notwendigen Voraussetzungen für eine zukünftig dauerhaft stabilitätsorientierte Finanzpolitik zu schaffen. Griechenland war gefordert, selbst die Grundlagen für die Hilfe zu schaffen. Europa war gefordert, seine Solidarität zu zeigen und das Land nicht allein zu lassen. „Wer Griechenland heute Beistand und Hilfe versagt, versagt vor der Welt und den nachfolgenden Generationen, denn er gefährdet das Haus Europa in seinen Grundfesten“ (Helmut Kohl, in: Welt am Sonntag, 9.5.2010).

## Europa ist noch nicht wetterfest

Das Europäische Haus ist erfolgreich errichtet, aber es ist noch nicht wetterfest, noch sind nicht alle Zimmer bewohnbar. Eines ist sicher: einfacher wird es nicht – im Gegenteil! Auch wenn mit dem Vertrag von Lissabon die Europäische Union jetzt eine gute und solide Grundlage besitzt. Deutschland ist sich seiner, aufgrund der Wiedervereinigung und der wieder erlangten vollen Souveränität gestiegenen Verantwortung für Europa und die Welt bewusst. Wir wollen uns dieser Verantwortung stellen, wir wollen in Verantwortung zur Lösung der vor uns liegenden Herausforderungen beitragen. In Europa, und soweit es in unseren Kräften steht, auch in der Welt. Diese Pflicht erwächst uns aus dem Geschenk der Einheit. Wir wissen: Ohne Europa, ohne die Einigung Europas wäre die Deutsche Einheit nicht möglich gewesen. Wir haben aus der Einigung großen Nutzen gezogen. Aber auch umgekehrt gilt: Ohne die deutsche Wiedervereinigung wäre der europäische Integrationsprozess heute nicht so weit fortgeschritten. Nur der Zerfall des Warschauer Paktes hat es möglich gemacht, dass aus einer westeuropäischen Union tatsächlich eine europäische Union werden konnte, dass die Staaten Westmitteleuropas Mitglied der Europäischen Union werden konnten. Bei allen Integrationsbemühungen, bei allen Anstrengungen, die Finanz-, Wirtschafts- und Eurokrise zu bewältigen, dürfen wir eines aber nie vergessen: Europa ist mehr als Wirtschaft und Warenverkehr, als Dienstleistungen und Freiheit und Freizügigkeit.


Gestatten Sie mir, dass ich statt langer Ausführungen einen klugen Franzosen zitiere – Paul Valéry –: „Überall, wo die Namen Cäsar, Tacitus und Vergil – überall, wo die Namen Moses und Paulus – überall, wo die Namen Aristoteles, Plato und Euklid genannt werden, dort ist Europa.“ Mit anderen Worten: Europa ist die griechisch-römische Antike, Europa ist das Judentum – das Alte Testament –, das Christentum – das Neue Testament, ist die Aufklärung, Europa ist die englische Magna Charta. Europa ist die Französische Revolution. Europa heißt Verfassung, Europa heißt Rechtsstaatlichkeit. Europa heißt: Die Würde des Menschen ist unantastbar! Europa heißt Frieden! Europa heißt Solidarität!

Und Ihrem Land, Polen, kommt in diesem Europa eine besondere Rolle zu. Mit Sympathie und Freude verfolgen wir, wie sich Ihr Land in den letzten Jahren entwickelt hat. Es ist politisch und wirtschaftlich zu einem starken, stabilen und verlässlichen Partner geworden, auf den wir uns verlassen können. Unsere Freundschaft zu unserem westlichen Nachbarn Frankreich und zu un-

serem östlichen Nachbarn Polen sind die Grundpfeiler unseres europäischen Engagements. Sie weiter zu vertiefen und weiter auszubauen, ist unser sehnlichster Wunsch. Wir, die Konrad-Adenauer-Stiftung, bieten auch weiterhin unsere aktive Mitarbeit an.

*Der Text geht auf zwei Vorträge zurück, die Prof. Bernhard Vogel am 20. Mai 2010 an der Katholischen Universität Lublin und am 21. Mai 2010 an der Europäischen Tischner Hochschule in Krakau gehalten hat und die gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltet wurden.*





# Der deutsch-polnische Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991.

## Bilanz und Ausblick nach zwei Jahrzehnten

*Janusz Reiter*

### **1. Einleitung**

Die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland unterlagen in den letzten 20 Jahren tiefgreifenden Veränderungen, die im Jahre 1991 niemand genau vorhersehen konnte. Gleichwohl steht die Grundrichtung dieser Veränderungen voll in Einklang mit Geist und Buchstaben des damals unterzeichneten deutsch-polnischen Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit. Nachfolgende Analyse soll eine Bilanz über die bisherige Entwicklung des beiderseitigen Verhältnisses seit Vertragsabschluss ziehen und mit Blick auf die Zukunft wesentliche Elemente der bilateralen Agenda skizzieren.

### **2. Politischer Kontext, Handlungsmotive und Erwartungen der Vertragspartner**

#### **2.1 Wertegemeinschaft**

Bei der Analyse des Nachbarschaftsvertrages aus heutiger Perspektive entsteht zunächst der Eindruck, dass die darin enthaltenen Artikel eigentlich völlig selbstverständlich sind. Dieser Eindruck ist zwar irgendwo nachvollziehbar, entspricht aber nicht der Wirklichkeit. Der Vertrag ist im Alltag der deutsch-polnischen Beziehungen kaum präsent, was bei dieser Art von Dokumenten ganz natürlich ist. Ein Fehlen dieses Vertrages hätte allerdings spürbare negative Folgen gehabt. Die scheinbare Selbstverständlichkeit seiner Bestimmungen ist ahistorisch und zeugt nur davon, dass wir uns inzwischen rasch an die neue Qualität der deutsch-polnischen Beziehungen gewöhnt haben.

Der Nachbarschaftsvertrag sollte die von beiden Seiten abgestimmten Richtungen, Ziele und Formen der Zusammenarbeit von Polen und Deutschland definieren, und zwar auf ganz offene Weise, um möglichst breitgefächerte Perspektiven dieser Zusammenarbeit aufzuzeigen. Letztendlich sollte der Vertrag aber auch davon Zeugnis geben, dass beide Länder sowohl als Interessengemeinschaft als auch als Wertegemeinschaft eng verbunden sind. Beide Begriffe waren untrennbar miteinander verknüpft. Denn nur auf der Grundlage der Wertegemeinschaft konnte man die gemeinsamen strategischen Interessen beider Völker langfristig ins Auge fassen. Heute gründet das Gefühl der Zugehörigkeit zur gleichen Wertegemeinschaft u.a. in der Mitgliedschaft beider Staaten in der Europäischen Union. Zwei Jahrzehnte zuvor war dieses Bewusstsein weder weit verbreitet noch selbstverständlich. Das 20. Jahrhundert hat weder Polen noch Deutschen viel Gelegenheit gegeben, eine solche historische Gemeinschaft zu erleben. Man konnte sich allenfalls auf die ferne Vergangenheit oder das gemeinsame christliche Erbe berufen. Die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts schufen einen gewaltigen Abgrund zwischen beiden Völkern. Dieser Abgrund war tiefer als die Abgründe, die andere Nationen des europäischen Westens und Ostens voneinander trennten. Dieser Abgrund war auch tiefer als der Abgrund, der sich infolge mehrerer Kriege zwischen Deutschland und Frankreich herausgebildet hatte. Gerade letztere beiden Länder – und mit ihnen auch andere westeuropäische Völker – unternahmen nach 1945 die Anstrengung, eine vor allem kulturell-zivilisatorische, später auch politische Staatengemeinschaft neu zu errichten. Die gemeinsame Bedrohung aus dem Osten erwies sich bei diesem Unterfangen als sehr hilfreich. Es lag auf der Hand, dass Polen aus diesem Prozess ausgeschlossen war. Erst vor dem Hintergrund der Epochenwende von 1989 erhielt Polen die Chance, an diesem Prozess teilzuhaben. Auf beiden Seiten zeigte man sich damals für eine solche Teilhabe bereit, doch die Motivation war von polnischer Seite wohl stärker. In der Parole „zurück nach Europa“ drückte sich nicht nur die Hoffnung der Polen auf Sicherheit und Wohlstand, sondern auch das Selbstverständnis dieser Nation als Bestandteil der westlichen Staaten- und Wertegemeinschaft aus. Historisch betrachtet unterlag diese Sichtweise keinerlei Zweifel und brauchte nicht eigens bestätigt werden. In politischer Hinsicht war eine solche Bestätigung seitens der westlichen Nachbarn aber von elementarer Bedeutung. Denn erst dadurch kam der Entwurf eines langfristigen Programms der politischen Kooperation überhaupt erst in Betracht. Deutschland als das von seiner Geschichte her komplizierteste, aber politisch gesehen für die Interessen Polens wichtigste Land hatte dabei eine ganz besondere Bedeutung. Nicht zuletzt deshalb bildete dieser Nachbarschaftsvertrag das erste Abkommen, das mit

derart großen Hoffnungen verbunden war. Es herrschte damals das Bewusstsein, dass der außerordentliche günstige geschichtliche Augenblick unbedingt genutzt werden musste. Polen besaß nämlich immer noch einen moralischen und demzufolge auch politischen Kredit als Geburtsland der *Solidarność*, die am Sturz des Kommunismus besonders großen Anteil gehabt hatte.

Beide Seiten waren sich über die bestehenden politischen und emotionalen Hindernisse sehr wohl im Klaren. Es existierte eine nicht zu unterschätzende Barriere des Misstrauens, die aus den bitteren Erfahrungen der Vergangenheit resultierte. Auf polnischer Seite hing diese Barriere vor allem mit dem Bewusstsein von den unterschiedlich hohen Potentialen beider Länder zusammen. Denn man wusste natürlich, dass insbesondere die öffentliche Meinung in Polen den Nachbarschaftsvertrag auch dahingehend untersuchen würde, ob und inwieweit er auf wahrhaft partnerschaftliche Weise ausgehandelt worden war. Die deutsche Seite war sich dieser Konstellation durchaus bewusst. Deutschland hatte bereits Erfahrungen durch die Zusammenarbeit mit kleineren Ländern gesammelt, da es in der Europäischen Union ja hauptsächlich Partner dieser Größenordnung besaß. Die Neutralisierung dieser Asymmetrie stellte eine der wesentlichen Errungenschaften der Europäischen Gemeinschaft dar. Deren Handlungsregeln und politische Kultur waren auf eben diesem Fundament errichtet worden. Polen war damals natürlich kein Mitgliedsstaat der EG und hatte auch an derartigen Veränderungen der politischen Kultur keinen Anteil. Daher kam dem Problem der Asymmetrie und dem daraus erwachsenden Vertrauensproblem in diesem Fall eine erheblich höhere Bedeutung zu. Die Berufung auf eine Werte- und Interessengemeinschaft war also umso mehr von größtem Gewicht. Denn dies signalisierte, dass Polen und Deutschland trotz der Tatsache, dass sie anders wie die Mitgliedsstaaten der EG institutionell bislang nicht verbunden gewesen waren, deren Leitwerte und Regeln dennoch anerkannten. Damit war die beste Garantie dafür gegeben, dass der Nachbarschaftsvertrag keine bloße Widerspiegelung eines gewissen Kräfteverhältnisses sein würde, sondern die Verständigung zweier gleichberechtigter Partner, die ihre jeweiligen Interessen verstehen und respektieren. In der Praxis bedeutete dies, dass man die eigenen Interessen gut definieren und die Interessen der anderen Seite richtig einschätzen musste. Die Verhandlungsführer mussten also gut wissen, mit was sich ihr Vertragspartner einverstanden erklären – und vor allem, mit was er sich auf keinen Fall einverstanden erklären würde. Die beiden Außenminister Skubiszewski und Genscher waren in dieser Hinsicht geradezu ideale Partner. Beide konnten sich in geschichtlichen Zusammenhängen hervorragend aus und verstan-

den deren tieferen Sinn. Beide waren tief in der europäischen – westlichen – Tradition verwurzelt und verstanden, dass es trotz aller Bedeutung der Verhandlungstaktik am Wichtigsten war, dass letztendlich beide Seiten völlig sicher sein konnten, ein gutes Ergebnis erreicht zu haben und sich niemand als Verlierer fühlte. Der Nachbarschaftsvertrag erfüllt diese Bedingung. Sowohl Polen als auch Deutschland dürfen zu Recht über das in den Verhandlungen erreichte und durch die Unterschriften der beiden Regierungschefs bestätigte Resultat vom 17. Juni 1991 zufrieden sein. Der Vertrag war nicht nur aufgrund seiner inhaltlichen Bestimmungen bedeutsam, sondern auch deshalb, weil er eine neue, europäische Denkweise in den deutsch-polnischen Beziehungen verkörperte und auf diese Weise der formalen Teilnahme Polens am europäischen Integrationsprozess gleichsam vorausging.

Von dieser neuen Denkart zeugen u.a. die vertraglichen Bestimmungen über die deutsche Minderheit in Polen. Diese Frage bildete ein äußerst emotionales Reizthema, das aber damals für die Zukunft der bilateralen Beziehungen wichtig erschien. Auf polnischer Seite bestanden psychologische und letztendlich auch politische Widerstände gegen die Anerkennung der Rechte der deutschen Minderheit. Diese Widerstände resultierten nicht nur aus den Erfahrungen der Vergangenheit, sondern auch aus der hinter vorgehaltener Hand geäußerten Befürchtung, dass die für deutsche Sprache und Kultur – und damit auch für den deutschen Staat – votierende Gruppe immer wieder die Schwäche Polens auf schmerzliche Weise herausstellen würde, nicht das gleiche Lebensmodell anbieten zu können wie der reiche Nachbar im Westen. Heute mag dies beinahe unverständlich klingen, aber damals gab es Menschen, die so dachten. Diese hatten den Verdacht, dass die Anerkennung der deutschen Minderheit eine Polen aufgezwungene sein würde. Der Zwischenfall während der Versöhnungsmesse in Kreisau, während der in der versammelten Menschenmenge plötzlich Transparente mit der Aufschrift „Helmut, du bist auch unser Kanzler“ hochgehalten wurden, musste in den Augen der Skeptiker wie eine Bestätigung ihrer schlimmsten Befürchtungen wirken. Und trotzdem verfuhr die polnische Regierung damals völlig richtig, als sie die Rechte der deutschen Minderheit im Nachbarschaftsvertrag anerkannte. Jede andere Entscheidung hätte Polen nur in unendliche Streitigkeiten verwickelt, die politische Glaubwürdigkeit Warschaws geschwächt und die für den demokratischen Umbau des Staates erforderlichen Energien in die falschen Bahnen geleitet. Nochmals sei betont: Durch die Berufung auf europäische Werte und Rechtsnormen konnten sämtliche Zweideutigkeiten vermieden werden. Polen erkannte als der europäischen Völkergemeinschaft zugehöriger demokratischer Rechtsstaat

die Minderheitenrechte im eigenen Lande an. Daher war es wichtig, der öffentlichen Meinung in Polen klarzumachen, dass die Regierung in Warschau keine Regelungen auf deutschen Druck hin annahm bzw. dass man im Gegenzug für diese Regelungen etwas anderes von der Bundesregierung erhielt. Die Vertragsbestimmungen über die deutsche Minderheit resultieren aus der Tatsache der Zugehörigkeit Polens zu dieser Wertegemeinschaft. Sie sind das Ergebnis der Akzeptanz von europaweit geltenden rechtlichen Regelungen und Normen. Die polnische Volksgruppe in Deutschland erhielt im Nachbarschaftsvertrag die gleichen Rechte und Befugnisse – und wurde lediglich nicht „Minderheit“ genannt. Man kann dies aus heutiger Sicht kritisieren, aber eine solche Kritik wäre nur dann gerechtfertigt, wenn damals zwei Bedingungen erfüllt gewesen wären: 1) Das Fehlen der offiziellen Bezeichnung als nationaler Minderheit grenzte die Entwicklungsmöglichkeiten ein und ließ die Aspirationen der polnischen Volksgruppe weitgehend unerfüllt; 2) Die Angelegenheit war für die nationalen Interessen Polens derart bedeutsam, dass man dafür sogar ein etwaiges Fiasko des Vertragsabschlusses in Kauf nahm. Keine dieser beiden Bedingungen war damals jedoch erfüllt. Offen bleibt jedoch, inwieweit man auf deutscher Seite den diesbezüglichen vertraglichen Verpflichtungen auch tatsächlich nachgekommen ist.

Der Nachbarschaftsvertrag war als Bestätigung der Zugehörigkeit Polens zur westlichen Wertegemeinschaft nicht nur für die Beziehungen zu Deutschland wichtig, sondern auch und vor allem in Hinblick auf die europäischen oder besser gesagt eurotransatlantischen Bestrebungen und Pläne Warschaws. Das in Polen und andere ehemalige Ostblockländer gesetzte Vertrauen war damals recht begrenzt und stand unter starken Vorbehalten. Es ließen sich ganze Bücherregale mit Abhandlungen über die hinsichtlich der Länder Ostmitteleuropas „auf Eis gelegten Konflikte“ füllen, die angeblich nur darauf warteten, mit voller, bislang unterdrückter Gewalt auszubrechen. Der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag bildet den besten Beweis dafür, dass dies allenfalls stereotypische Vorstellungen gewesen waren.

Im Vertrag finden sich Bestimmungen zu folgenden Schwerpunkten: gegenseitige Achtung der souveränen Gleichheit, territoriale Integrität, Unverletzlichkeit der Grenzen, politische Unabhängigkeit, Verbot der Gewaltandrohung bzw. –anwendung, Recht aller Völker und Staaten auf freie Selbstbestimmung ohne äußere Integration, Recht auf Gestaltung der eigenen Entwicklung in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur gemäß eigener Vorstellungen, Menschenrechte, Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, Anerkennung

nationaler Minderheiten und gleichrangiger Volksgruppen als natürliche Brücke zwischen deutscher und polnischer Nation. Diese Vereinbarungen mögen heute vielleicht banal oder geradezu selbstverständlich erscheinen. Sie waren jedoch in diesem ersten offiziellen Dokument, das ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen Polen und Deutschen einleitete, überaus notwendig.

## 2.2 Werte und Interessen

Der Nachbarschaftsvertrag verkörperte natürlich in erster Linie ein politisches Dokument, das der deutsch-polnischen Zusammenarbeit den Weg ebnete. Die Sphäre der Werte war also mit dem Bereich der Interessen zwangsläufig verbunden. Die Wertegemeinschaft war eng mit der Interessengemeinschaft verknüpft. Vor allem letzterer Begriff fand rasch Eingang in die Terminologie des deutsch-polnischen Dialogs. Ganz offensichtlich spiegelte das Schlagwort von der Interessengemeinschaft die Erwartungen und Hoffnungen beider Seiten gut wieder. Dieses Motto tauchte in einem historischen Augenblick auf, der für beide Nationen überaus wichtig war. Denn damals feierte Deutschland sein Debüt als erneut vereinigtes Staatsvolk, während Polen als souveränes, demokratisches und freies Land auf die Bühne der europäischen Politik zurückkehrte. Der Nachbarschaftsvertrag zeigte die grundlegende Übereinstimmung der nationalen Interessen Polens und Deutschlands in einer epochalen Umbruchszeit. Die Bedeutung dieser Tatsache für die Zukunft der bilateralen Beziehungen und in gewisser Weise auch für die Zukunft ganz Europas kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Bevor sie zu einem politischen Faktum werden konnte, musste diese Konvergenz der Interessen allerdings erst von Menschen auf beiden Seiten als solche akzeptiert und klar zum Ausdruck gebracht werden. Im Blick auf die Geschichte Polens und Deutschlands war dies keineswegs selbstverständlich. Tatsache ist jedoch, dass der damalige geschichtliche Augenblick für beide Völker und die Verständigung unter ihnen sicherlich günstig war. Denn die alte Bundesrepublik bildete in institutioneller und mentaler Hinsicht ein von Grund auf umgestaltetes Land. Während Konrad Adenauer noch befürchtete, dass eine etwaige Wiedervereinigung diese Veränderungen aufhalten und die europäische Integration zunichtemachen würde, wusste Helmut Kohl bereits, dass sich derartige Gefahren bei gebührender Vorsicht und mit Hilfe der euroatlantischen Bündnispartner durchaus vermeiden ließen. Adenauers Parole „zuerst Freiheit, dann nationale Einheit“ erwies sich verblüffender Weise als zutreffend. Das sich wiedervereinigende Deutschland war ein durch und

durch „verwestlichtes“ Land und musste daher auf seine westliche Identität im Namen der nationalen Einheit nicht verzichten.

Diese politische Doktrin beschränkte sich jedoch bis 1989 auf die euroatlantische Völkergemeinschaft. Polen war hingegen als sowjetischer Satellitenstaat von dieser Gemeinschaft ausgeschlossen. Der westliche Antikommunismus lieferte mitunter sogar ein willkommenes Alibi für antipolnische Vorurteile und Feindseligkeiten. Aber dennoch schuf gerade die Verwestlichung Deutschlands die entscheidende Voraussetzung für die deutsch-polnische Verständigung nach 1989. Die Verwestlichung war ja in der kommunistischen Ära auch eines der Ziele der demokratischen Freiheitsbewegung in Polen gewesen. Und dabei ging es nicht nur um das Postulat der Modernisierung nach westlichem Muster. Polen wollte vielmehr Teil der westlichen Staatengemeinschaft werden und mit ihr nicht nur materiellen Wohlstand, sondern auch politisch-ökonomische Freiheit und militärische Sicherheit teilen. In institutioneller Hinsicht konnte dies nichts anderes bedeuten als den Beitritt zu Europäischer Gemeinschaft und NATO. Nur ein solcher Beitritt eröffnete die Chance für eine völlige Umgestaltung der geopolitischen Lage des eigenen Landes. So wie einst Frankreich konnte nunmehr auch Polen allein durch ein Bündnis mit deutscher Teilnahme eine dauerhafte Sicherheit nach außen erwerben. Die damaligen deutschen Eliten sahen dies genauso. Deutschland brauchte ein fest in NATO und Europäischer Gemeinschaft verankertes Polen deshalb, um nicht eines Tages erneut in eine Situation abzudriften, in der man zwischen West und Ost lavieren, also zwischen Amerika und Russland bzw. Russland und Polen wählen musste. „Damit das wiedervereinigte Deutschland eindeutig westlich bleibt, muss auch Polen Teil des Westens werden“ – so klang die deutsche Antwort auf den Fall des Eisernen Vorhangs. Und auf eben diese Antwort hatte Polen damals nur gewartet. Natürlich formulierte man das in den Jahren 1989-1991 nicht so direkt, aber beide Seiten stimmten in Bezug auf die politische Logik dieser Denkweise völlig überein. Die damalige Konstellation bildete in der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte eine absolute Ausnahme. Eben diese Übereinstimmung der Interessen beider Nationen nannte man deutsch-polnische „Interessengemeinschaft“. Doch obwohl diese Interessengemeinschaft heute völlig logisch und notwendig erscheint, gab es damals keinerlei Garantien, dass sie von beiden Seiten als solche akzeptiert und zur Grundlage der Politik gemacht werden würde. Dafür war vielmehr der Mut erforderlich, die wichtigsten Dinge zu erkennen und in einer Situation voranzutreiben, in der zahlreiche Begleitumstände die Wahl eines anderen Weges nahelegten. Die deutsch-polnische Interessenge-

meinschaft war eine ganz bewusst getroffene Entscheidung und kein willkürliches Elaborat der Geschichte.

### 2.3 Ziele der Zusammenarbeit

Ein derart formuliertes Prinzip der Werte- und Interessengemeinschaft verlangte natürlich nach politischer Operationsfähigkeit – und zwar sowohl auf bilateraler als auch multilateraler Ebene. Der Nachbarschaftsvertrag nannte diejenigen Felder, auf denen beide Regierungen nicht nur Möglichkeiten, sondern auch erhöhten Bedarf an Zusammenarbeit sahen. Eine verstärkte Kooperation hielt man daher bei Regionen, Städten, Gemeinden und anderen territorialen Verwaltungseinheiten insbesondere in grenznahen Gebieten für nötig. Als weitere Bereiche der Zusammenarbeit klassifizierte man ferner die Raumwirtschaft, soziale Sicherungssysteme, Arbeits- und Sozialpolitik, Wissenschaft, Umweltschutz, Transportverkehr, Handel und Jugendaustausch. Der Nachbarschaftsvertrag lieferte das wichtige Signal, dass beide Staaten eine solche Zusammenarbeit zu unterstützen gedachten. Dieses Signal war damals unbedingt erforderlich. Wie man heute weiß, entwickelten sich die Dinge in Wirklichkeit viel weiter als man damals dachte. Dies mindert aber keineswegs die dem Nachbarschaftsvertrag zugeordnete Rolle, sondern ist eher ein Beweis dafür, dass dieser Vertrag seine Rolle tatsächlich erfüllt hat.

### 2.4 Der Nachbarschaftsvertrag im Kontext von NATO und Europäischer Gemeinschaft / Europäischer Union

Was die polnischen Aspirationen hinsichtlich des Beitritts zu den euroatlantischen Strukturen anbelangt, mag es auf den ersten Blick verwundern, dass die diesbezüglichen Formulierungen im Nachbarschaftsvertrag eine große Vorsicht widerspiegeln. In Art. 8 ist zu lesen, dass die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedsstaaten sowie die Republik Polen durch den Abschluss des Assoziierungsvertrages zwischen der EG und Polen die Grundlage für den politisch-ökonomischen Anschluss Warschaws an die EG schaffen. Die Bundesrepublik Deutschland werde laut Vertrag diesen Anschluss nach Kräften unterstützen und schätzt die Perspektive eines etwaigen polnischen EG-Beitritts positiv ein, falls die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sein sollten. Aber es fällt kein Wort über die zukünftige Mitgliedschaft Polens im Nordatlantischen Verteidigungsbündnis. In beiden Fragen spiegelten die vertraglichen Bestimmungen den damaligen Diskussionsstand hinsichtlich der Zukunft der beiden westlichen Bündnisgemeinschaften wieder. In Hinblick auf

die Osterweiterung der Europäischen Gemeinschaft war die Bundesrepublik bereits damals derjenige Staat, der Polen am meisten unterstützte. Dennoch fürchtete die deutsche Diplomatie weitergehende einseitige Verpflichtungen gegenüber Warschau, hauptsächlich aufgrund des damaligen Kräfteverhältnisses in der gesamten EG. Im gleichen Jahr, in dem der Nachbarschaftsvertrag unterzeichnet wurde, entstand auch das Weimarer Dreieck – die Trias des politischen Gedankenaustausches und der Kooperation zwischen Polen, Deutschland und Frankreich. Die diesbezügliche Idee stammte von Hans-Dietrich Genscher, der damals völlig richtig erkannte, dass eine etwaige Osterweiterung der EG nur unter französischer Mitwirkung gelingen konnte. Die mangelnde Unterstützung seitens der Machthaber in Paris machte das Weimarer Dreieck letztendlich zu einem deutschen Projekt, das zwangsläufig den Widerstand zahlreicher anderer westeuropäischer Staaten hervorrufen musste. Daher blieb der Nachbarschaftsvertrag bezüglich der EG-Osterweiterung in seinem Grundtenor sehr zurückhaltend, wobei die dafür ausschlaggebenden Gründe von polnischer Seite sehr wohl verstanden wurden.

Was den polnischen NATO-Beitritt anbelangt, so war die Lage noch schwieriger, da die Nordatlantische Allianz konkreten Gesprächen über die Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten damals noch abgeneigt war. Im Weißen Haus atmete man spürbar auf, als der Kreml seine Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschlands und zum Abzug der dort stationierten sowjetischen Truppen gab. Denn vor nicht allzu langer Zeit hatten viele westliche Politiker diese Entwicklung noch für unrealistisch gehalten. Ein offenes Plädoyer für den NATO-Beitritt Polens stieß damals in allen Hauptstädten der westlichen Welt noch auf Ablehnung. Die Frage der NATO-Osterweiterung war auch in Deutschland zunächst recht umstritten. Denn während die Bundesregierung die Aufnahme Polens in die Europäische Gemeinschaft / Europäische Union als moralisch-historische Verpflichtung ansah, war ihr Verhältnis zur Ausdehnung des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses in Ostmitteleuropa weitaus ambivalenter. Kurze Zeit später stand die NATO-Osterweiterung jedoch auf der politischen Tagesordnung und fand in Bonn ausreichend viele Befürworter. Bei der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages war die Zeit für einen solchen Schritt jedoch noch nicht reif. Der Nachbarschaftsvertrag spielte jedoch indirekt auch in diesem Bereich eine positive Rolle. Denn man kann ohne Übertreibung sagen, dass es ohne eine bilaterale Verständigung zwischen Deutschland und Polen nicht zur Osterweiterung des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses gekommen wäre.

### 3. Polen und Deutschland auf dem Weg zur Partnerschaft in der EU

Die Bundesregierung entwickelte sich bereits in den frühen 1990er Jahren zum Fürsprecher der Aufnahme Polens in die Europäische Union. Deutschland sah darin sowohl eine moralische Pflicht als auch ein nationales Interesse. Schon auf dem Gipfeltreffen der Spitzenpolitiker der polnischen „Freiheitsunion“ [UW] in Essen im Jahre 1994 war die Frage des polnischen EU-Beitritts Gegenstand intensiver Diskussionen und politischer Bemühungen. Damals entschied man sich für die Strategie, die Länder Ostmitteleuropas für eine zukünftige Mitgliedschaft in der Europäischen Union vorzubereiten. Das heißt nicht, dass es in Deutschland damals keine skeptischen Stimmen gab. Deren Vorbehalte resultierten sowohl aus der starren Anklammerung an den bisherigen Status quo als auch aus der Befürchtung, dass sich eine erweiterte EU für die Umwandlung in eine politische Staatengemeinschaft als unfähig erweisen werde. Die ostmitteleuropäischen Beitrittskandidaten wurden ferner mit einem gewissen Misstrauen beäugt und vor allem aus historischen Gründen für untauglich gehalten, an einem postnationalen Gemeinschaftsprojekt teilzunehmen. Die Vertreter dieser Betrachtungsweise forderten, zunächst eine vertiefte Integration der bisherigen Mitgliedsstaaten herbeizuführen und erst später die geographische Reichweite der EU auszudehnen. Dieser Vorschlag erschien jedoch inakzeptabel, da seine Realisierung bedeutet hätte, dass die bereits bestehenden Beitrittschürden, deren Überwindung von den neuen Mitgliedsländern ohnehin erhebliche Anstrengungen verlangten, noch höher gelegt worden wären. Falls man diese Option jedoch vermeiden wollte, hätten die ostmitteleuropäischen Beitrittskandidaten allenfalls eine Chance für den Beitritt zum zweiten äußeren Kreis der europäischen Integration erhalten, während der erste innere Kreis einen exklusiv westeuropäischen Charakter gehabt hätte. Die zwei wichtigsten Politiker Deutschlands – Kohl und Genscher – zeigten damals jedoch zum Glück genug Vorstellungsvermögen und Mut, um diese Denkweise klar abzulehnen!

#### 3.1 Neue Felder der Kooperation und des Konflikts

Je näher die deutsch-polnische Zusammenarbeit auch im Kontext der Integration Polens mit der Europäischen Union rückte, desto größer wurden die bilateralen Reibungsflächen, also der Bereich der potentiellen oder tatsächlichen Konflikte und Spannungen. Beide Länder betraten eine neue historische Ära und hatten Schwierigkeiten, die sich dabei ändernden Denkweisen zu verstehen. Drei strittige Fragen offenbarten das enorme Potential an gegenseitigem

Misstrauen und Unverständnis: das Zentrum gegen Vertreibungen, der Krieg im Irak und die Northstream-Gaspipeline.

Die Idee der Gründung eines Zentrums gegen Vertreibungen resultierte im Prinzip aus einer Lobby, die beim Bund der Vertriebenen angesiedelt war. Daher bildete diese Idee eigentlich nichts Neues oder Überraschendes. Die größten Befürchtungen in Polen rief dabei wohl der Zeitpunkt hervor, zu dem dieser Gedanke auftauchte und die diesbezügliche Reaktion in deutschen Medienkreisen. Verhältnismäßig neu war auch die Konzeption des geplanten Zentrums, Flucht und Zwangsaussiedlung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg als Phänomen der weltweiten Tragödie der Vertreibungen im 20. Jahrhundert darzustellen. Diese Konzeption machte auf den ersten Blick einen recht versöhnlichen Eindruck, da sie ja nahelegte, dass die Vertreibungsproblematik in einem breiten historischen Kontext beschrieben werden würde! In Wirklichkeit wurde das geschichtliche Bild zwar erweitert, aber zugleich auch verflacht. Anstatt das Schicksal der deutschen Bevölkerung in den ehemaligen Ostgebieten vor dem Hintergrund des dramatischen Zweiten Weltkrieges mit dem Völkermord und den Terrorregimen in den besetzten Gebieten zu zeigen, schlug man z.B. vor, auf die ethnischen Säuberungen in Bosnien näher einzugehen. Auf diese Weise wurden die Vertreibungen zum Schlüssel für das Verständnis der Tragödie des 20. Jahrhunderts. Einen solchen Vorschlag konnte niemand in Polen ernsthaft annehmen. Denn die polnischen Kriegserfahrungen wären damit auf den Rang einer historischen Fußnote reduziert worden. Darüber hinaus erschien es keineswegs abwegig, dass sich im Rahmen dieser Konzeption eines Tages auch Polen in der Rolle des Täters und nicht des Opfers des Zweiten Weltkrieges hätte wiederfinden können.

Die Unterstützung, die der Idee des Zentrums gegen Vertreibungen seitens einiger liberaler oder linksgerichteter Intellektueller und Politiker zuteil wurde, hat diese Befürchtungen nur noch verstärkt. Daher wurde bald auch der Vorwurf laut, dass sich in Deutschland eine merkwürdige Geschichtsrevision vollziehe. Dieser Verdacht stieß auf deutscher Seite auf großes Unverständnis und führte dazu, dass man den Polen ein geradezu krankhaftes Misstrauen gegenüber den Deutschen vorwarf.

Der Vorwurf der Geschichtsklitterung war tatsächlich ungeschickt formuliert worden, was aber nicht heißt, dass er absolut ungerechtfertigt war. Denn das, was man in Polen vorschnell als Geschichtsrevision bezeichnete, bildete in Wirklichkeit ein weitaus komplizierteres gesellschaftlich-psychologisches

Phänomen, das vor allem mit dem jüngsten Generationenwechsel zusammenhängt. Die jüngere Generation in Deutschland ist nämlich keineswegs gleichgültig gegenüber der Geschichte eingestellt und empfindet diese auch gar nicht als überflüssigen Ballast, der abzuschütteln ist. Über die Verbrechen Hitlers werden immer noch Bücher und Zeitschriftenartikel geschrieben, Ausstellungen konzipiert und Filme gedreht. Aber natürlich gestaltet sich das intellektuell-emotionale Erleben von Geschichte in dieser Generation anders als bei den Menschen, die den Krieg noch am eigenen Leib erlebt haben oder in dessen Schatten aufgewachsen sind. Die Anfälligkeit für Manipulationen ist jedenfalls bei denjenigen größer, die die Geschichte des Zweiten Weltkrieges selbst nicht erfahren haben. Wenn der Streit um das Zentrum gegen Vertreibungen eine positive Rolle gespielt hat, dann die, dass er die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf diese Gefahr gelenkt hat. Schade nur, dass dieser Streit nicht zu gemeinsamen Vorschlägen zur Bewahrung der historischen Wahrheit und zu einer regen Diskussion über die Interpretation geschichtlicher Fakten und Zusammenhänge geführt hat.

Eine weitere strittige Auseinandersetzung in den deutsch-polnischen Beziehungen bezog sich auf den Krieg im Irak. Die Situation war dabei in zweifacher Hinsicht schwierig. Denn einerseits ging es um die Inhalte bestimmter politischer Entscheidungen, also um konkrete Wege der Außenpolitik, die Polen und Deutschland einschlugen. Andererseits standen aber auch die Folgen dieser Politik für die beiderseitigen Beziehungen im Brennpunkt. Schlagzeilen machte eine Rede des damaligen französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac, in der er den Ländern Ostmitteleuropas ironisch vorhielt, nicht die Chance genutzt zu haben, zur Frage der Beteiligung am Irak-Krieg zu schweigen. In Wirklichkeit bot aber eben diese Frage für diese Länder die erste Gelegenheit, sich über ein globales Problem ersten Ranges freimütig und souverän zu äußern. Die negativen Folgen für die deutsch-polnischen Beziehungen hätten durchaus abgemildert werden können, wenn die damalige polnische Regierung eine entsprechende diplomatische Schadensbegrenzung betrieben hätte. Nichtsdestotrotz musste es früher oder später zwangsläufig dazu kommen, dass die westeuropäischen Bündnispartner Polens erfahren, dass Warschau in bestimmten politischen Fragen anderer Meinung sein kann und dies kein Anzeichen von „Undankbarkeit“ ist.

Ein weiterer bilateraler Zankapfel war der Bau der Northstream-Gaspipeline. Dabei fällt die Bundesregierung Schröder eine Entscheidung, die Polen bis heute als Verletzung der eigenen nationalen Interessen betrachtet. Dies war

für die Machthaber in Warschau umso schmerzvoller als Russland bei diesem Projekt zum deutschen Partner auserkoren wurde. „Hat Berlin anstelle von Warschau Moskau gewählt?“ – fragte man in Polen. Und wo war bei diesem Projekt eigentlich die Europäische Union, die doch die gesamteuropäischen Interessen hatte wahren sollen? Dieser Streit hatte erhebliche Bedeutung. Denn er zeigte zum einen, dass nationale Interessen ein zunehmend wichtigeres Handlungsmotiv der EU-Staaten bleiben. Darüber hinaus machte diese Auseinandersetzung der polnischen Seite bewusst, dass man auch innerhalb der Europäischen Union ständig ganz bestimmte Wahlentscheidungen treffen musste, die sich unweigerlich auf die zukünftigen Beziehungen Polens zu Deutschland und Russland auswirken werden. Bei dieser Gelegenheit kam auch der eher reaktive Charakter der polnischen Außenpolitik zum Vorschein, der in hohem Maße aus innenpolitischen Konflikten resultierte. Denn anstatt nach geeigneten Mitteln und Wegen zu suchen, Deutschland auf ihre Seite zu ziehen, wetteiferten die polnischen Parteien in puncto Prinzipientreue bei der öffentlichen Verurteilung der Gaspipeline.

Diese drei Problemfelder führten deutlich vor Augen, dass die klassischen Mechanismen des bilateralen Dialogs damals versagt haben. Zwischen Polen und Deutschland zeigte sich eher die Unfähigkeit zu einer echten Verständigung, wobei die Bereitschaft für einen offenen Dialog und vor allem das nötige gegenseitige Vertrauen weitestgehend fehlten.

### **3.2 Die Anfangsjahre der EU-Mitgliedschaft Polens und die Beziehungen zu Deutschland**

Paradoxerweise setzte mit dem Beitritt Polens zur EU eine schlechtere Periode in den deutsch-polnischen Beziehungen ein. Diese Entwicklung ist jedoch verständlich und auch erklärbar. Sie war in einem gewissen Sinne wohl auch unvermeidlich. Denn sie resultierte vor allem aus der Tatsache, dass sich das bisherige Modell der bilateralen Beziehungen durch den polnischen EU-Beitritt grundlegend gewandelt hat. Dieser Beitritt setzte nämlich die traditionelle Rollenverteilung außer Kraft, die sich nach 1989 abgezeichnet hatte. Demnach waren Polen und Deutschland nach der Wende natürlich gleichberechtigte Partner gewesen. Aber aufgrund der Tatsache, dass sich Warschau rasch um eine Aufnahme in die Europäische Union bemühte und der deutsche Nachbar weiterhin der westlichen Welt angehörte und Polen bei seinen Beitrittsbestrebungen unterstützte, bildete sich vereinfacht gesagt ein Modell heraus, in dem ein Land als Bewerber und das andere als dessen Fürsprecher und Anwalt

fungierte. Als Polen der EU beitrug, brauchte es diesen Advokaten nicht mehr. Beide Länder wurden nun formal gesehen zu völlig gleichrangigen Partnerstaaten der EU, was insbesondere in psychologischer Hinsicht eine neue und schwierige Situation darstellte. Denn beide Seiten mussten den Umgang mit dem Partner neu erlernen. Dieser Lernprozess verlief manchmal recht kontrovers und emotional, da er die neuen Regeln der Zusammenarbeit zwischen zwei Ländern umfasste, die nunmehr ganz neue Rollen zu erfüllen hatten.

Dieses Problem war noch mit einer anderen Frage verbunden. Auf deutscher Seite herrschte nämlich eine Erwartung, die in den 1990er Jahren von Polen notabene voll geteilt wurde: Polen betritt durch die Aufnahme in die EU-Strukturen die Bühne der internationalen Politik, in der die deutsch-französische Aussöhnung bereits seit Jahrzehnten recht gut funktioniert. Warschau begibt sich also in den gleichen Orbit, in dem Berlin und Paris schon seit den 1950er Jahren kreisen. Dies erklärt die insbesondere von polnischer Seite an den Tag gelegte Faszination hinsichtlich des Weimarer Dreiecks. Das Angebot eines permanenten Dialogs zwischen Deutschland, Frankreich und Polen hat Warschau sehr imponiert, da man damit unverhofft zum Partner zweier großer westeuropäischer Nationen wurde. Darin drückte sich auch die Vision aus, dass die EU nach der Osterweiterung die gleiche Gestalt aufweisen werde wie vor 1989 – und nur weiter nach Osten ausgedehnt werde. Diese Überzeugung konnte deshalb entstehen, weil man gewisse wesentliche Unterschiede nicht verstand. Denn erstens ist Polen kein Äquivalent Frankreichs und liegt im Osten Europas. Es hat daher eine völlig andere geopolitische Umgebung, andere Interessen, Traditionen und eine andere Geschichte, aber auch andere Entfaltungsmöglichkeiten. Zweitens ist die erweiterte Europäische Union nicht nur einfach geographisch größer, sondern hat nun auch ein anderes Gesamtgepräge, da sich ihre Spezifika, Mechanismen und äußere Umgebung in einem dynamischen Wandlungsprozess befinden.

Darüber hinaus gab es in Polen noch in den 1990er Jahren marginale Stimmen, die die bisherige polnische Politik gegenüber Deutschland bzw. im Rahmen der EU ablehnten und als illusionär oder idealistisch abstempelten. Aus dieser Lageeinschätzung zog man den Schluss, dass sich der deutsche Nachbar egoistisch und rücksichtslos verhalte, so dass Polen in der europäischen Politik genauso auftreten dürfe. Diese Schlussfolgerung war politisch unproduktiv und die Diagnose viel zu holzschnittartig. Dennoch lässt sich nicht bestreiten, dass Deutschland inzwischen ein etwas anderes Land geworden ist, wobei diese Veränderung die beiderseitigen Beziehungen sicherlich nicht

einfacher macht. Konservative Kritiker haben inzwischen bestimmte – früher in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommene – Veränderungen in der Bundesrepublik treffend erkannt, diese Phänomene aber überinterpretiert. Anstatt dessen hatte man auch eine Diskussion darüber in Gang setzen können, welche Korrekturen der bisherigen polnischen Politik gegenüber Deutschland notwendig sind – aber im Geiste des Nachbarschaftsvertrages und nicht im Geiste der Konfrontation.

#### **4. Der aktuelle Stand der deutsch-polnischen Beziehungen**

Es drängt sich also die Frage auf, ob Polen und Deutschland nach dieser Konfliktphase besser darauf vorbereitet sind, ein neues Modell der Nachbarschaft und Zusammenarbeit zu entwickeln. Ein eindeutige Antwort erscheint schwierig, da die politische Lage in der Welt dynamischen Veränderungen unterworfen ist, wobei Deutschland ebenso wie Polen Teil dieses Wandels sind. Deutschland hat an diesen Veränderungen natürlich aktiven Anteil, während Polen geneigt ist, seine Rolle als Mitgestalter dieser Veränderungen zu reduzieren oder ganz zu übersehen. Diese Divergenz in der Selbstdefinition wirkt sich auf die Qualität des deutsch-polnischen Dialogs aus. Eine solche Denkweise zeigt sich in Polen z.B. in der Überzeugung, dass Deutschland einen starken Einfluss auf Polen ausübt. Aber in beiden Ländern herrscht noch längst keine Klarheit darüber, dass heute auch Polen durch Europa vielfältigen Einfluss auf Deutschland nimmt. Bestimmte positive Veränderungen sind jedoch insbesondere in Deutschland unübersehbar. Denn während das Motto der deutsch-polnischen Interessengemeinschaft früher größtenteils als rein deklarativ oder als bloße diplomatische Formel angesehen wurde, weckt es heute erheblich größeres reales Interesse.

Eine bedeutende Rolle hat dabei auch die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise gespielt. Denn diese Krise offenbarte identisch ausgerichtete Vektoren der polnischen und deutschen Wirtschafts- und Fiskalpolitik und trug indirekt zu einem Paradigmenwandel in der Wahrnehmung Polens in Deutschland bei. Es hat sich nämlich gezeigt, dass ein sich modernisierendes Polen für den deutschen Nachbarn ein glaubwürdiger Partner in Wirtschafts- und Finanzfragen sein kann. Ein Hindernis bei der weiteren Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit ist die Abwesenheit Polens im Euro-Raum. Dies ist und bleibt ein Strukturproblem der polnischen Politik. Da dem polnischen Staat die potentiellen Möglichkeiten einer gleichrangigen Mitentscheidung mit den Ländern des Euro-Raumes bis auf Weiteres verwehrt sind, sollte er



seine guten Beziehungen zu Deutschland umso mehr dazu nutzen, auf wichtige Entscheidungen der Europäischen Union größtmöglichen Einfluss zu nehmen. Dies ist sicherlich ein wertvolles Handlungsinstrument, ist aber längst nicht ausreichend. Die Frage nach dem Instrumentarium der polnischen Politik bleibt also höchst aktuell.

Während die gemeinsame Europavision vor 20 Jahren beide Länder eng miteinander verbunden hat, weist ihre Zusammenarbeit heute eher bilateralen Charakter auf und ist mehr von schlichtem Pragmatismus als von hehren Visionen geprägt. Mit Sicherheit hat zu dieser Entwicklung die sich derzeit allmählich wandelnde Einstellung der Deutschen gegenüber der Europäischen Union beigetragen, was weitreichende Folgen hat, die sich zunehmend bemerkbar machen. Denn die Deutschen haben inzwischen die Überzeugung verloren, dass es für jedes deutsche Problem eine europäische Antwort gibt. Sie verloren auch den Glauben daran, dass sich Europa auf eine zunehmend mächtigere EU zubewegt, wobei jede Verlangsamung auf diesem Weg vor allem von deutscher Seite eine entschiedene Gegenreaktion erfordert. Die deutsche Außenpolitik hat statt dessen die Vorzüge von bilateralen Regierungsmethoden und Staatenbeziehungen entdeckt. Das heißt nicht, dass man in Berlin das Leitmotiv der europäischen Integration nun ganz ad acta gelegt hat. Dieses Leitmotiv bleibt weiterhin eine zentrale Kategorie der deutschen Außenpolitik, auch wenn es seine bisherige strikte Dominanz und Priorität verloren hat.

Könnte und sollte Polen den deutschen Nachbarn vielleicht an dessen europäisch akzentuierte föderalistische Traditionen erinnern? Diese Erwartung erscheint kaum realistisch. Polen hat seine eigene Europavision nicht deutlich genug formuliert. Seitdem Warschau in selbständigere Rolle in Europa und der Welt spielt, hat man auch vor nationalen Egoismen großer europäischer Staaten viel weniger Angst und sucht im Gegensatz zu früher auch keinen Schutz mehr vor diesen Staaten.

Zwischen Polen und Deutschland gibt es heute keine bilateral abgestimmte Europavision. Der gemeinsame Nenner der polnischen und deutschen Europakonzeption besteht vielmehr darin, Europa in rein pragmatischen Kategorien zu betrachten, wobei sich beide Länder voll darüber bewusst sind, wieviel sie im Falle einer Desintegration Europas verlieren würden. Ein integriertes Europa liegt also im Interesse Warschaus und Berlins, so dass für Polen und Deutschland die Chance entsteht, neue und zunehmend wirksamere Mechanismen der Lenkung der EU zu entwickeln.

Ein erheblicher Vorzug der deutsch-polnischen Zusammenarbeit auf europäischer und bilateraler Ebene liegt in deren starker Institutionalisierung. Dies ist eine große Kraft und ein gutes Fundament für die Zukunft. Davon zeugt allein schon die Warschauer Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, die in einem weltweit einzigartigen Modell die Schulden Polens gegenüber Deutschland in Stiftungsgelder umwandelt und ein bedeutendes Instrument des beiderseitigen Dialogs darstellt. Aber auch das Deutsch-Polnische Jugendwerk, die Universität Viadrina und eine Reihe anderer Institutionen haben dauerhafte Ebenen der bilateralen Kooperation gebildet und zu einer stärkeren Verbundenheit zwischen Deutschen und Polen beigetragen. Inwieweit diese Einrichtungen die beiderseitigen Beziehungen spürbar und auf Dauer verändert haben, ist schwer zu sagen. Eines steht jedoch fest: Die Lage sähe erheblich schlimmer aus, wenn es diese Einrichtungen nicht gäbe, da sonst keine weiteren Felder der Zusammenarbeit geschaffen worden wären.

Die bilaterale institutionelle Zusammenarbeit offenbart ferner zahlreiche Unterschiede zwischen beiden Ländern. Dies zeigt sich etwa am Beispiel des wissenschaftlichen Austausches, der vereinfacht gesagt wie folgt charakterisiert werden könnte: Polen hat die nötigen Menschen und Deutschland die nötigen Institutionen. Eine Optimierung dieses Austausches sollte daher vor allem die Stärkung polnischer Wissenschaftseinrichtungen ins Auge fassen.

Eine weitere Schwäche des deutsch-polnischen Dialogs liegt zweifellos im gravierenden Mangel an größeren Gemeinschaftsprojekten im industriellen und infrastrukturellen Bereich. Derartige von beiden Regierungen initiierte Unternehmungen würden weitere Plattformen der Kooperation schaffen und den Charakter der bilateralen Zusammenarbeit verändern.

## 5. Die deutsch-polnische Agenda 2021

Die Agenda des deutsch-polnischen Dialogs lässt sich auf einer rein bilateralen, europäischen oder internationalen Ebene skizzieren.

In bilateraler Hinsicht besteht vor allem im deutsch-polnischen Grenzgebiet immer noch starker Nachholbedarf an infrastrukturellen Projekten. Der Ausbau und die Optimierung der Eisenbahn- und Straßennetze liegen im Interesse beider Länder. Auch im wissenschaftlich-technologischen Bereich sollten Polen und Deutschland ihre Zusammenarbeit intensivieren. Dieser Aspekt ist für Polen insofern wichtig, als das Land durch die Kooperation mit deutschen

Institutionen seine Basiseinrichtungen in Wissenschaft und Forschung bereichern und damit z.B. die Entwicklung neuer Technologien fördern würde. Denn andernfalls würde Polen lediglich zum Exporteur von Arbeitsplätzen und nicht zum Ausfuhrland hochentwickelter Produkte werden, was seine Position in Europa und in der Welt sicherlich nicht stärken würde. Es bleibt auch weiterhin offen, inwieweit die Zusammenarbeit mit Deutschland zur Lösung struktureller Probleme auf diesem Gebiet beitragen kann. Deutschland ist in diesem Bereich gleichsam der natürliche Partner Polens, aber der Vorschlag zur beiderseitigen Kooperation sollte von der polnischen Seite ausgehen.

In der gegenwärtigen Diskussion über die Zukunft Europas tauchen mitunter Stimmen auf, die die deutsch-polnische Zusammenarbeit als Antriebsmotor der EU ansehen. Dabei wird auf die schwächer werdende Rolle der Achse Paris-Berlin hingewiesen, auf die Herausbildung einer neuen Spaltung zwischen Nord und Süd und auf die ambitionierte und zunehmend gewichtigere Hauptstadt Warschau. Es erscheint aber eher unwahrscheinlich, dass Polen im Tandem mit Deutschland an die Stelle Frankreichs treten könnte. Und zwar auch deshalb, weil der polnische Staat nicht die politische Macht und das wirtschaftliche Potential besitzt wie Frankreich. Abgesehen davon wäre dies für Europa politisch gesehen sogar unvernünftig, da eine Entfremdung Frankreichs zur Störung des Kräftegleichgewichts und des inneren Zusammenhalts in Europa führen könnte. Im Endeffekt heißt dies, dass Deutschland, Frankreich und Polen natürliche Partner sind und eng miteinander zusammenarbeiten sollten – sowohl auf der Ebene der innereuropäischen Agenda als auch im Rahmen der europäischen Außenpolitik. Diese beiden Agenden besitzen eine unterschiedliche Spezifik und Dynamik, so dass die Wege nicht selten auseinanderdriften. Als Beispiel sei an dieser Stelle nur an die Politik der EU gegenüber Libyen erinnert. Für Polen stellt sich jedoch die wichtige Frage, in welchem Plan es für Deutschland – und Deutschland für Polen – ein attraktiver Partner sein möchte – eher auf inner-europäischem Gebiet oder in der EU-Außenpolitik. Es geht dabei nicht um die Notwendigkeit, ständig bestimmte Wahlentscheidungen zu treffen, sondern eher um das Bewusstsein, dass es nötig ist, sich auf gewisse politische Anstrengungen im deutsch-polnischen Dialog zu konzentrieren und diese zu optimieren. Deutschland nimmt in diesen Fragen eine Schlüsselstellung ein und vermag als eines von wenigen Ländern der EU diese beiden Agenden zu verbinden, um die Außenpolitik Europas immer weiter zu europäisieren.

Aber wo liegen auf innereuropäischer Ebene die wesentlichen Unterschiede in den Interessen Polens und Deutschlands? Man nehme etwa die Landwirt-

schaftspolitik. Warschau ist daran interessiert, von den gleichen Privilegien Gebrauch zu machen wie die Landwirte anderer Länder. Die polnische Regierung hat aber auch ein Interesse daran, die Entwicklung der Landwirtschaft durch Investitionen in die Infrastruktur weiter zu unterstützen. Dies zielt darauf ab, günstigere Ausgangsbedingungen für eben diesen Sektor zu schaffen. Es geht nicht nur um die Subventionierung von Bauern und die dauerhafte Festigung bereits bestehender Dorfstrukturen, sondern auch um positive Veränderungen im gesamten Agrarbereich. Deutschland unterstützt diese Vorgehensweise zwar grundsätzlich, hält diese Anliegen jedoch nicht für vorrangig. Und auch wenn in Deutschland eine starke Agrarlobby existiert, so sind wissenschaftliche Forschungen, Innovationen und Technologien für dieses Land weitaus wichtiger. Der Unterschied zwischen Polen und Deutschland resultiert aus der Ungleichzeitigkeit der jeweiligen zivilisatorischen Entwicklung. So hat die EU-Kohäsionspolitik für Warschau Priorität, da sie auf die Angleichung des Entwicklungsniveaus Polens an die reichsten Länder der Europäischen Union abzielt.

Die Möglichkeit der Zusammenarbeit Polens und Deutschlands in der europäischen Außenpolitik zeichnet sich vor allem im Bereich der Ostpolitik der EU ab. Das Interesse Polens am Osten resultiert aus zwei Gründen. Zum einen die Geopolitik: Polen ist der östlichste Staat der EU und grenzt (im Verwaltungsbezirk Kaliningrad/Königsberg) an Russland, Weißrussland und die Ukraine. Hinzu kommt die Kenntnis der Region: Polen versteht als ehemaliger Ostblockstaat die Spezifik der früheren kommunistischen Länder. Und drittens: Polen verfügt über Transformationserfahrungen, die für eben diese Länder wichtig sind. Warum sollten also Polen und Deutschland in der EU-Ostpolitik nicht natürliche Partner sein?

Deutschland grenzt zwar nicht unmittelbar an diese Länder, aber ist ein bedeutender Staat der Europäischen Union in relativer geographischer Nähe. Bedeutend ist Deutschland sowohl aufgrund seiner Position innerhalb der EU und wegen seines politisch-ökonomischen Potentials als auch in Hinblick auf seine historisch bedingte Sensibilität für diese Länder. Abgesehen davon besitzt Deutschland gewisse Transformationserfahrungen nach dem „Anschluss“ der ehemaligen DDR. Hinzu kommt die Eigenart der deutschen Außenpolitik, die globale Fragen in einem breiteren Kontext betrachtet als Polen.

Die Ostpolitik der EU richtet sich an Russland und die Länder der Östlichen Partnerschaft, also Weißrussland, Ukraine, Moldawien, Georgien, Aserbaidschan.

schan und Armenien. Voraussetzung für den Erfolg dieser Politik ist Kohärenz und die Aufrechterhaltung des Grundsatzes, dass sie sich nie gegen einen Partner der Region richten wird, sondern deren unterschiedliche wirtschaftliche und politische Potentiale, aber auch die vielfältigen politischen Ambitionen und geopolitischen Spezifika achten wird.

Nichtsdestotrotz lenkt Russland die besondere Aufmerksamkeit der EU-Länder, insbesondere Polens und der Bundesrepublik, auf sich. Dies liegt an seiner geographischen Größe, dem enormen politischen Potential und den riesigen Rohstoffvorkommen. Moskau hat in der Vergangenheit wiederholt erklärt, sich Europa annähern zu wollen. Falls sich diese Deklarationen erfüllen sollten, wäre dies auch eine Chance für das deutsch-polnische Tandem. Es stellt sich die Frage, welches Interesse der Kreml an guten Beziehungen zu Berlin und Warschau hat. Gibt es gemeinsame Vektoren der russischen Politik gegenüber Deutschland und Polen? Auf was müsste die deutsch-polnische Zusammenarbeit mit Russland beruhen?

Deutschland hat in der russischen Politik stets eine wichtige Rolle gespielt. Darüber hinaus ist die Bundesrepublik eines der größten Mitglieder der EU und bringt historisch bedingt großes Verständnis für Russland und seine Interessen auf. Russland beliefert Deutschland mit Erdgas und Erdöl, während Deutschland für Russland ein wichtiger Importeur von Technologien und ein bedeutender Investor ist. Nicht zuletzt deshalb können die Deutschen im Prozess der Modernisierung Russlands eine wesentliche Rolle spielen. Der Stellenwert Polens in den Interessen des Kremls ist hingegen weitaus weniger klar. Denn Polen bildet zwar einen wichtigen Absatzmarkt für russische Rohstoffe, ist aber kein Technologielieferant – wenngleich kleine und mittlere polnische Unternehmen bei der Verfolgung ihrer geschäftlichen Interessen in Russland durchaus Erfolg haben würden. Dies ist ein wichtiges Angebot für die russische Wirtschaft und den in diesem Land stattfindenden Demokratisierungsprozess.

Das vor enormen Modernisierungsanstrengungen stehende Russland sieht besonderen Bedarf an einer vertieften Zusammenarbeit mit der gesamten Europäischen Union. Das heißt jedoch nicht, dass die russischen Eliten die EU als einheitlichen Akteur auf der politischen Bühne betrachten und auf eine bilaterale Politik – u.a. mit Deutschland oder Frankreich – verzichten. Diese Einschätzung wäre völlig falsch. Dennoch besteht die Aufgabe Polens und Deutschlands darin, ein in sich schlüssiges Gesamtbild der EU zu entwerfen

und eine gemeinsame, kohärente Russlandpolitik zu konzipieren. Denn die Betonung der einzelnen Abweichungen und Konflikte unter den EU-Ländern wird vom Kreml als Schwäche wahrgenommen – nicht der polnischen oder deutschen Politik allein, sondern der Europäischen Union insgesamt. Falls diese Aufgabe den Machthabern in Warschau in Kooperation mit der Bundesregierung nicht gelingen sollte, wird Moskau erneut verstärkt zu bilateralen Methoden greifen, was für die gesamte EU und vor allem auch für Polen sehr ungünstig sein kann. Das deutsch-polnische Zusammenwirken im Rahmen der EU birgt noch einen weiteren positiven Wert: Es macht Russland für die europäischen Spielregeln der Zusammenarbeit auf Regierungsebene zunehmend sensibel.

Nicht ohne Bedeutung für die Glaubwürdigkeit Polens als EU-Partner Deutschlands bei der Entwicklung einer gemeinsamen Politik gegenüber Russland ist die Zukunft des polnisch-russischen Dialogs. Deutschland ist an einer Öffnung dieses Dialogs interessiert favorisiert die Bildung von gemeinsamen Plattformen der Zusammenarbeit Polens, Deutschlands und Russlands. Inwieweit jedoch die Öffnung Russlands gegenüber Polen nur das Ergebnis des taktischen Bemühens um eine Verringerung der Transaktionskosten beim Dialog mit Europa ist, oder nicht doch Ausdruck einer langfristigen Strategie, die Spannungen mit Polen generell als ungünstig ansieht, wird man wohl erst in einigen Jahren verifizieren können. Von wesentlicher Bedeutung ist heute ein intensiver polnisch-russischer und deutsch-polnisch-russischer Dialog, da ein solcher Dialog positiven Einfluss auf die derzeitige Asymmetrie der russischen Wahrnehmung Polens und Deutschlands haben kann. Es wäre sicherlich illusionär zu glauben, dass Polen dadurch in allernächster Zukunft die gleiche Position in den Beziehungen zu Russland einnehmen wird wie Deutschland. Warschau kann aber gegenüber Moskau eine höhere Akzeptanz erwerben, und dies würde dem polnischen Staat einen besseren Zugang zum russischen Nachbarn sowie größere Einflussmöglichkeiten auf die ihn betreffenden Fragen verschaffen.

Abgesehen davon ließe sich durch ein deutsch-polnisches Zusammenwirken die bisherige Politik gegenüber Russland weitgehend harmonisieren, was zur Entschärfung der aus der deutschen Russlandpolitik resultierenden Spannungen zwischen Berlin und Warschau beitragen würde. In diesem Zusammenhang ist auf das positive Erscheinungsbild der deutsch-polnischen Versöhnung zu verweisen, das bis zu einem gewissen Grade auch für die polnisch-russische Annäherung inspirierend sein kann.

Die Ostpolitik der EU in ihrer Gesamtheit besteht jedoch nicht nur aus vertrauensbildenden Maßnahmen und dem Streben nach guten Beziehungen zu Russland, sondern nimmt auch die Zielländer der Östlichen Partnerschaft in den Blick. In der bisherigen EU-Ostpolitik hat sich eine gewisse Rollenverteilung herauskristallisiert: Deutschland ist aufgrund seines historisch bedingten Vertrauensvorschlusses gegenüber Russland für die europäische Politik in Bezug auf dieses Land verantwortlich, während sich Polen und andere ostmittel-europäische Nationen für die übrigen postsowjetischen Staaten zuständig fühlen. Diese Aufgabenverteilung ist aber weder für die EU noch für deren Zielländer von Nutzen, da sie die innere Unschlüssigkeit der Europäischen Union offenbart und in weiterer Zukunft vor allem auch auf deutsch-polnischer Ebene zahlreiche Konflikte und Antagonismen hervorrufen würde. Darüber hinaus kann eine EU-Politik gegenüber den Ländern der Östlichen Partnerschaft ohne deutsche Beteiligung gar nicht erfolgreich sein, weil Polen alleine nicht über das nötige Instrumentarium und Gewicht in der EU verfügt, um selbständig eine aktive Politik gegenüber diesen Staaten voranzutreiben und zu realisieren. Daher gehören sämtliche Maßnahmen zur Ausbalancierung der deutschen Politik zwischen Russland und den Ländern der Östlichen Partnerschaft auch zum außenpolitischen Aufgabenbereich Polens.

Ein weiteres wichtiges Feld der Zusammenarbeit zwischen Berlin und Warschau ist die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Die dabei bestehenden Divergenzen zwischen Polen und Deutschland resultieren aus der unterschiedlichen Wahrnehmung gegenwärtiger Bedrohungsszenarien. Beide Länder hegen dennoch die gemeinsame Überzeugung, dass sie heute eigentlich nicht mehr militärisch bedroht sind, was aber nicht heißt, dass sämtliche militärische Gefahrenherde bereits völlig ausgelöscht sind und eine Verteidigung daher unnötig ist. In Deutschland denkt man heute eher in Kategorien der internationalen Sicherheit im Sinne der Verteidigung vor terroristischen Bewegungen, Cyberspace-Kriminalität usw. Als wohlhabendes Land zieht Deutschland zahlreiche Immigranten an und hat infolge dessen eine sehr heterogene Gesellschaft, die für die Unterwanderung durch extremistische Kräfte weitaus anfälliger ist als Polen. Dort ist diese Art der Bedrohung immer noch recht unreal. Der wesentliche Unterschied zwischen Deutschland und Polen in der Wahrnehmung von äußerer Sicherheit entspringt der Tatsache, dass Polen für äußere Einflüsse weitaus sensibler ist, also viel eher auf Erpressungsversuche zur Destabilisierung des Landes oder Versuche der Beeinflussung der eigenen Politik reagiert. Dies hängt eng mit seiner Lage im Osten Europas zusammen. Denn zwischen Polen und dem östlichen Europa verläuft

auch eine zivilisatorische Grenze. Dabei geht es weniger um das jeweils vorhandene Wohlstandsniveau als vielmehr um gewisse Mindeststandards der Politik und deren Berechenbarkeit. Das heißt, dass das Gefahrenrisiko innerhalb der betreffenden Länder erheblich höher ist. Deutschland besitzt jenseits seiner Grenzen recht einheitliche und stabile Nachbarstaaten, die keine Bedrohung für Deutschland darstellen. Die eingeschränkte Berechenbarkeit und das Gefahrenrisiko der östlichen Nachbarn der EU bildet natürlich nicht nur ein rein polnisches Problem, sondern betrifft ganz Europa. Aber Polen wird als Außenstaat der EU von diesen Imponderabilien mehr als andere EU-Mitglieder in Mitleidenschaft gezogen, vor allem auch deshalb, weil das Land im Vergleich zu Deutschland größere innere Schwächen aufweist und für außenpolitischen Druck anfälliger ist.

Ein weiteres, wenngleich von der polnischen Politik eher vernachlässigtes Feld der deutsch-polnischen Kooperation verkörpert der Ostseeraum. Leider ist dieser Raum im derzeitigen politischen Bewusstsein Polens kaum präsent. Die Lage Polens an der Ostsee spiegelt sich fast überhaupt nicht in der Definition der politischen Identität Polens wieder, was im übrigen auch für die deutsche Politik gilt. Denn obwohl die Ostsee in der Landespolitik der an den Küstengebieten gelegenen Bundesländer teilweise gegenwärtig ist, hat sie für die globale Politik Deutschlands keine wesentliche Bedeutung.

Der Ostseeraum verbindet Polen heute in politischer Hinsicht weder mit Schweden, noch mit Finnland oder Deutschland, von den baltischen Ländern oder Russland ganz zu schweigen. Und das ist ein gravierender Mangel der polnischen Außenpolitik. In Polen nimmt man immer noch nicht zur Kenntnis, wie enorm das wirtschaftliche Potential Nordeuropas ist, das Polen ungenutzt lässt. Denn diese Länder haben in der Wirtschafts- und Sozialpolitik zahlreiche Vorbilder zu bieten und zeichnen sich darüber hinaus durch äußerst hohe zivilisatorische Standards aus. Für die anvisierte Modernisierung Polens sind deren Erfahrungen jedenfalls von wesentlicher Bedeutung. Was die deutsch-polnische Zusammenarbeit anbelangt, so stellt der Ostseeraum einen weiteren wichtigen Aspekt der Kooperation mit Russland dar, und zwar sowohl in ökonomischer Hinsicht als auch in Belangen der Sicherheitspolitik. Deutschland, aber vor allem auch Finnland und Schweden, für die die Ostseeneachbarschaft mit Russland einen wichtigen außenpolitischen Bezugspunkt bildet, hegen überaus sachliche und nüchterne Auffassungen in Bezug auf russische Angelegenheiten. Daher sind diese Länder trotz einer sehr kritischen Einschätzung zahlreicher Einzelaspekte der russischen Politik

zu einer erfolgreichen und pragmatischen Zusammenarbeit mit Moskau imstande. Dies sollte nicht unerwähnt bleiben. Hinzu kommt das Problem der Enklave Kaliningrad. Dieser Raum könnte durch ein koordiniertes Handeln Polens und Deutschlands auf dem Form der Ostseeanrainerstaaten in Sicherheits- und Wirtschaftsfragen zu einem Meilenstein der Annäherung zwischen Russland und der EU werden.

Ferner taucht die Frage auf, inwieweit Polen und Deutschland sich auf eine einheitliche Politik gegenüber den sich demokratisierenden Ländern Nordafrikas einigen können. Die bestehenden Unterschiede sind zwar wesentlich, aber eine Zusammenarbeit erscheint höchst notwendig. Deutschland verfügt über hohe Kompetenzen in Fragen der internationalen Politik, auch in Hinblick auf Nordafrika und den Nahen Osten. Denn trotz historischer Belastungen konnte die deutsche Politik gerade im Nahen Osten gehörige Autorität und Vertrauen erwerben. Abgesehen davon ist Deutschland ein derart wichtiges Land, dass es keine für Europa wesentliche Zielrichtung der EU-Außenpolitik vernachlässigen darf – auch wenn deutsche Interessen dort weniger bedroht sind. Dies ergibt sich allein schon aus der territorialen Größe Deutschlands und wegen seines politisch-ökonomischen Potentials. Polen hingegen besitzt in diesen Regionen keine besonderen Kompetenzen, aber sein Potential kann dennoch indirekt eine gewisse Rolle spielen. Die polnischen Vorzüge liegen in den Transformationserfahrungen sowie im Aufbau eines demokratischen Staates und der Herausbildung einer Zivilgesellschaft. Entsprechend modifizierte Erfahrungen könnten auch den Ländern Nordafrikas zugänglich gemacht werden, aber dazu muss die Wichtigkeit dieser Frage von Polen überhaupt erst anerkannt werden. Außerdem müsste man in Warschau daran glauben, dass die spezifisch polnischen Erfahrungen auch universale Erfahrungen sein können und nach gewissen Modifikationen auch in diesen Ländern zur Geltung gebracht werden können. Aber in Polen fehlt dieser Glaube. Eine diesbezügliche Zusammenarbeit mit Deutschland liegt deshalb so nahe, weil der deutsche Nachbar auch über Transformationserfahrungen verfügt. Darüber hinaus erlaubt ein deutsch-polnisches Engagement in Nordafrika es beiden Ländern, mit umso größerer Autorität auf den Erhalt der Priorität der Östlichen Partnerschaft zu pochen. Es hat keinen Sinn, zwischen Ost- und Südpolitik der EU einen Gürtel von wechselseitigen Antagonismen und konkurrierenden Positionen zu errichten. Nur eine umfassend konzipierte und realisierte EU-Nachbarschaftspolitik kann die nötigen Mechanismen für den Transfer von Erfahrungen und politischen Instrumenten schaffen.

Eine weitere Sphäre, in der die deutsch-polnischen Beziehungen gewissen Belastungsproben ausgesetzt sind, bildet die Energie- und Klimaschutzpolitik. Die jüngste Katastrophe im Atomkraftwerk Fukushima hat z.B. ganz deutlich gezeigt, wie unterschiedlich öffentlich geäußerte Gefühlsregungen in Deutschland und Polen in Hinblick auf die Kernenergie sind. Die Deutschen tolerieren in dieser Frage nicht immer eine Politik, die von der in ihrem Land vorherrschenden Philosophie abweicht. Der beide Länder verbindende Energieträger ist die Kohle und die Möglichkeit einer ökologisch sauberen Kohleverbrennung. Auch hinsichtlich der Klimaschutzziele gibt es zwischen Berlin und Warschau beträchtliche Unterschiede. Denn Polen betrachtet aufgrund seines Potentials die ambitionierte Klimaschutzpolitik des deutschen Nachbarn mit großer Skepsis. Langfristig gesehen wird sich jedoch auch hier eine Zusammenarbeit als notwendig erweisen.

*Übersetzung: Jan Obermeier*

# Brandts Kniefall Beobachtungen und Einschätzungen eines Zeitzeugen Eine unvergessliche Nacht

Karol Sauerland

Ich hatte während des Brandtbesuchs in Warschau Günter Grass und Siegfried Lenz im Sitz des Polnischen Schriftstellerverbands kennengelernt. Da ich mich mit Günter Grass in „Sachen Blechtrommel“ auf Bitte des Luchterhandverlags unterhalten wollte, verabredeten wir uns für den nächsten Tag am späten Abend nach dem offiziellen Empfang für die bundesdeutsche Regierungsdelegation. Für mich bedeutete der Besuch von Willy Brandt in Warschau relativ wenig. Im Gegenteil, ich hatte mir vorgenommen, mich von den sich dieser Visite anschließenden Schönredereien in der volkspolnischen Presse nicht beeinflussen zu lassen. Ich war mir klar, dass dieser Besuch einen entscheidenden Schritt auf dem Wege zur Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen bedeutete, aber meine kritische Haltung zu den polnischen Machthabern war zu groß. Ich hatte von Władysław Gomułka ein Jahrzehnt zuvor einfach zu viel erwartet. Für mich hatte er einen Scherbenhaufen geschaffen. Einer meiner besten Lehrer, der Philosoph Bronisław Baczek hatte infolge der antisemitischen und antiintellektuellen Aktionen Polen 1968 verlassen müssen,<sup>1</sup> ganz zu schweigen von meinen vielen Kollegen wie den Sprachwissenschaftlerinnen Anna Wierzbicka oder Irena Bellert.<sup>2</sup> Die Salons, wie wir damals die

<sup>1</sup> Bronisław Baczek, Jg. 1924, gehörte in den ersten Nachkriegsjahren ähnlich wie Leszek Kołakowski zu den eifrigsten Marxisten, aber nach 1956 verwandelte er sich in einen sogenannten Revisionisten, d.h. er blickte auf das Schaffen von Marx und seinen Nachfolgern kritisch. In den Seminaren, an denen ich aktiv teilnahm, wurde das ganze geistige Umfeld von Marx und Engels behandelt. Selber verfaßte Baczek in dieser Zeit das Buch *Rousseau: samotność i wspólnota* (Rousseau. Einsamkeit und Gemeinschaft). Er ging 1968 erst nach Frankreich, seit 1974 lehrte er an der Universität Genf. In Polen gehört er zu den Begründern der Warschauer Schule für Ideengeschichte.

<sup>2</sup> Anna Wierzbicka, Jg. 1938, lehrt seit 1972 an der Australian National University. Sie publiziert vor allem in Englisch. Bekannt geworden ist sie durch die von ihr entwickelte Natural Semantic Metalanguage. Etwas 60 Begriffe kämen danach in allen Sprachen vor. Sie hat sich hierbei von einer Idee des polnischen Sprachwissenschaftlers Andrzej Bogusławski leiten lassen, der sich wiederum auf Leibniz beruft. Von Wierzbicka stammt der sprachwissenschaftliche Begriff „Semantische Primitiva“ –. Irena Bellert wurde in den Vereinigten Staaten und später in Kanada eine anerkannte Professorin. Sie versuchte bereits in den sechziger Jahren vor allem Noams Chomskys generative Grammatik um neue Elemente zu bereichern. Später wandte sie sich auch der Metaphertheorie zu.

privaten intellektuellen oder auch interdisziplinären Treffen nannten, fanden nicht mehr statt, da man sich davor fürchtete, wegen „geheimer Zusammenkünfte“ verfolgt zu werden. Das Geistesleben in Warschau war gewissermaßen ausgestorben. Immerhin konnte ich mit Stolz sagen, dass ich ein Buch von Baczko und ein Essay von Kołakowski ins Deutsche für Suhrkamp bzw. Kohlhammer übersetzt hatte.<sup>3</sup>

Ich begab mich also am 7. Dezember 1970 in den Abendstunden zu dem Regierungshotel, wie wir es damals nannten, das sich in der Nähe der schwedischen Botschaft befand. Als ich mich als Gast von Günter Grass anmelden wollte, wurde ich barsch abgewiesen. Die Pförtner bzw. die Sicherheitsleute taten so, als gäbe es keinen Mann dieses Namens. Ich erwiderte, dass er gleich kommen und böse sein werde, wenn er mich hier nicht antrifft. Wir seien an diesem Ort verabredet, und er sei offizielles Mitglied der Regierungsdelegation. Ich möge draußen warten, bekam ich zur Antwort. Es war gegen dreiundzwanzig Uhr. Ich lief die Straße vor dem Hotel auf und ab. Wenn Grass und Lenz eintreffen würden, müßte ich sie ja beim Aussteigen aus dem Auto erkennen, sagte ich mir. Mein Auf- und Abgehen gefiel aber einem der Bewacher des Objekts, wie man damals sagte, ganz und gar nicht. Er fragte mich in einem abweisenden Ton, was ich hier eigentlich treibe. Ich erklärte mich umständlich, fand aber, dass es nicht gut wäre, den Mann allzu nervös zu machen. Am Ende wird er mich zum Polizeirevier bringen, um mich dort verhören zu lassen. Ich lenkte also meinen Schritt zu der recht nah gelegenen Straßenecke und versuchte, von dort aus die ankommenden Wagen zu beobachten.

Es war bereits Mitternacht, als drei Männer aus einem eleganten Auto ausstiegen, unter denen Grass zu erkennen war. Ich eilte zu ihm. Zur gleichen Zeit ging der Sicherheitsbeamte zu ihm und erklärte ihm leutselig, hier warte jemand auf ihn. Grass schaute auf ihn, dann lenkte er den Blick auf mich und erkannte mich. Er hatte offensichtlich nicht mehr mit mir gerechnet und vielleicht auch die Verabredung vergessen. Irgendwie war er in Gedanken woanders.

Wir gingen zu viert, d.h. Grass, Lenz, ein Korrespondent von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und ich, in die Hotelhalle, um etwas zu trinken und uns zu unterhalten. Das Gespräch drehte sich natürlich um den Kniefall, von

<sup>3</sup> Es handelt sich vor allem um: Bronisław Baczko, *Weltanschauung, Metaphysik, Entfremdung. Philosophische Versuche*, Frankfurt am Main 1969 und um Leszek Kołakowski, „Teilhardismus und manichäisches Christentum“, in: *Geist und Ungeist christlicher Traditionen*, Suttgart, Berlin, Köln, Mainz 1971, S.70-89.

dem die drei nicht loskommen konnten. War er spontan erfolgt oder war es das Ergebnis eines Kalküls, fragten sich die beiden, damals schon berühmten Autoren. Insgesamt herrschte im Hotel eine gelöste Stimmung sowohl bei den Deutschen wie auch bei den Polen. Man erkannte dies schon daran, wie sich die Leute aus den beiden Ländern begrüßten. Ich konnte sowohl den Eingang beobachten wie auch eine Galerie, von der aus die Gäste in ihre Zimmer gelangten. Jemand winkte uns zu. Es war der bundesdeutsche Pressesprecher, wie mir erklärt wurde. Zwischendurch kam der Chef des Sicherheitsdienstes im Hotel zu uns an den Tisch, um zu erfahren, ob wir nicht einen besonderen Wunsch hätten. Grass bot ihm ein Glas Wodka an. Er wehrte ab, er sei im Dienst. Er dürfe nur Wasser trinken. Daraus wurde dann ein Wasser (woda) mit einem Wässerchen (wódka). Im Gespräch rekapitulierten Grass und Lenz noch einmal jede Bewegung von Brandt seit den frühen Morgenstunden, um sich klar zu werden, ob dieser schon vorher wußte, was er tun werde. Zu einem eindeutigen Ergebnis konnten beide jedoch nicht gelangen. Sie schienen auch ein wenig betroffen zu sein, dass ihnen, den Vertrauten des Bundeskanzlers, nichts angedeutet worden war. Das Gespräch wollte nicht auf die Blechtrommel kommen.

Zusammen mit dem FAZ-Korrespondenten verließ ich etwa um drei Uhr morgens das Hotel. Wir liefen zusammen in Richtung Innenstadt. Die öffentlichen Verkehrsmittel waren noch nicht in Betrieb, Taxis gab es auch nicht, aber das schadete nichts, denn unser Bedürfnis, uns zu unterhalten, war immer noch nicht verflogen. Unterwegs trafen wir einen anderen westdeutschen Korrespondenten, der uns begeistert von Gomulka erzählte. Der Alte sei ganz gelöst gewesen, was man von ihm gar nicht gewöhnt sei. Auch Gomulka, der immer wieder das Gespenst des deutschen Revisionismus an die Wand gemalt hatte, hatte sich von der Atmosphäre der deutsch-polnischen Versöhnung erfassen lassen, wenn auch nicht für lange.

### **Der von den Machthabern initiierte Antisemitismus nach dem Sechstagekrieg**

Gomulka war natürlich nicht gelöst, weil Brandt vor dem Ghettodenkmal in die Knie gesunken war, sondern weil er mit dem unterschriebenen Vertrag die umstrittene Grenzfrage gelöst sah. Man darf nicht vergessen, dass er in der ersten Nachkriegsregierung Minister für die „Wiedergewonnenen Gebiete“ (Ziemie odzyskane), d.h. der Polen zugefallenen Westgebiete war. Er war mithin von Anfang an mit der Problematik vertraut, die sich aus der Aufgabe

ergab, dieses Territorium dem polnischen Staat einzuverleiben.<sup>4</sup> Von außen sah es einfach aus: man erhielt ein gut bewirtschaftetes Gebiet mit vielen zerstörten Gebäuden und einer gewachsenen Infrastruktur, das man nur mit neuen Menschen besiedeln mußte. Doch so gern gingen Polen aus ihren angestammten Gebieten nicht dorthin, auch nicht diejenigen, die aus dem Osten zwangsausgesiedelt worden waren. Der Grund dafür war vor allem der, dass man ja nicht wußte, ob die Deutschen, die einst dort wohnten, nicht wieder zurückkehren würden. Gleich nach Kriegsende war unter Führung von Gomułka eine große Propagandaaktion gestartet worden: Auf Euch warten die wiedererlangten Gebiete, siedelt Euch dort an. Aber ohne Druck ließen sich viele nicht dorthin verpflanzen, wenn sie auch prinzipiell mit der Zugehörigkeit der ehemaligen deutschen Gebiete zu Polen einverstanden waren.

Der Kniefall Brandts mußte Gomułka schon deswegen mißbehagen, weil er indirekt an die antisemitische Kampagne erinnerte, die dieser im Juni 1967 kurz nach dem Sechstagekrieg mit einer Rede vor dem Gewerkschaftskongreß initiiert hatte. Er hatte u.a. davon gesprochen, dass sich Israel die Wehrmacht zum Vorbild genommen habe und die Bundesrepublik von einem Blitzkrieg á la Israel träume, dessen Sieg von zionistisch gesinnten polnischen Juden gefeiert worden sei, und dass es eine „fünfte Kolonne in unserem Land“ gebe.<sup>5</sup> Dazu müsse er folgendes erklären:

Wir haben den polnischen Bürgern jüdischer Herkunft nie Hindernisse in den Weg gelegt, nach Israel auszuwandern, wenn sie dies wünschen. Wir stehen auf dem Standpunkt, dass jeder polnische Bürger nur ein Vaterland haben sollte: Volkspolen. Dieser Meinung ist die überwiegende Mehrheit der polnischen Bürger jüdischer Herkunft, und sie dienen treu unserem Lande. Jeder Bürger unseres Landes genießt die gleichen Rechte und auf jedem lasten die gleichen Bürgerpflichten Volkspolen gegenüber. Aber wir können nicht gleichgültig jenen gegenüber bleiben, die im Angesicht der Bedrohung des Weltfriedens, also auch der Sicherheit Polens und der friedlichen Arbeit unseres Volkes, die Partei des Aggressors, der Zerstörer des Friedens und des

<sup>4</sup> Ein gesondertes Problem ist, daß Gomułka als erster Sekretär der Polnischen Arbeiterpartei, wie sich die kommunistische Partei damals nannte, dieses Ministerium im November 1945 auch deswegen geschaffen hatte, um der immer stärker werdenden „bürgerlichen“ Bauernpartei, die das Ministerium für Öffentliche Verwaltung innehatte, ein großes Territorium, das ihm hätte unterstehen müssen, zu entziehen. Gomułka wußte, daß in Polen in einer Frage Einigkeit herrschte, in der Frage der polnischen Oberhoheit über die ehemaligen Gebiete Deutschlands, die es zu besiedeln und damit in den Staat zu integrieren galt. (Siehe hierzu u.a. Robert Brier, *Der polnische „Westgedanke“ nach dem Zweiten Weltkrieg (1944-1950)*, Virtuelle Fachbibliothek Osteuropa (<http://www.vifaost.de>), Digitale Osteuropa-Bibliothek: Reihe Geschichte, Band 3, S. 34 ff.).

<sup>5</sup> In den Pressemeldungen tauchte die Formulierung von der fünften Kolonne nicht mehr auf, aber die Rede war live im Rundfunk übertragen worden, so daß die westlichen Medien davon berichteten.

Imperialismus ergreifen. Mögen diejenigen, die meinen, dass diese Worte an ihre Adresse – unabhängig von ihrer Nationalität – gerichtet seien, die für sie entsprechenden Schlüsse daraus ziehen.<sup>6</sup>

Gomułkas Rede schuf damals freie Bahn für entsprechende Maßnahmen des Sicherheitsdienstes. Für den 28. Juni berief der Innenminister Mieczysław Moczar, der aus seiner nationalkommunistischen Gesinnung keinen Hehl machte, eine Sitzung der Direktoren und stellvertretenden Direktoren der einzelnen Departements ein. Ihnen lag entsprechendes Material vor, aus dem hervorging, dass die polnischen Juden in ihrer Mehrzahl Israel unterstützen und dass es einen lebhaften Kontakt zwischen den offiziellen Vertretern der polnischen Juden und den Vertretern der internationalen jüdischen Organisationen gegeben habe. So sei Nahum Goldmann, der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, in Polen gewesen. Auch Gaston Kahn, der Vorsitzende der „Freimaurer-Loge Bnai Brith“<sup>7</sup>, habe mit dem Vorstand der TSKZ (Towarzystwo Społeczno-Kulturalne Żydów w Polsce, d.h. der Gesellschaftlich-Kulturellen Vereinigung der Juden in Polen) Verhandlungen geführt. Besonders aktiv sei „Joint“<sup>8</sup> gewesen. Er habe den polnischen Juden 5,56 Millionen Dollar überwiesen, was die proisraelische Stimmung besonders gefördert habe. Leider habe der Vorschlag des III. Departements des Innenministeriums, diese Spenden zu verbieten, in der Parteileitung und Regierung keine Unterstützung gefunden. In dem Bericht werden Namen hochstehender Partei- und Regierungsvertreter genannt, denen eine zionistische Haltung nachgesagt werden könne.

Moczar eröffnete die Sitzung am 28. Juni mit einer kurzen Rede, in der er unterstrich, dass Gomułka eine wichtige Frage aufgeworfen habe: die nach den zwei Vaterländern. Seine Antwort sei eindeutig gewesen, man müsse sich entscheiden. Wer nicht in Polen bleiben wolle, möge nach Israel fahren. In der anschließenden Aussprache, in der es darum ging, wie wer auf den Sechstagekrieg reagiert habe und was man tun müsse, um den von Gomułka vorgezeichneten Weg zu beschreiten, wurde bedauert, dass Teile der katholischen Kirche, vor allem der polnische Primas, Kardinal Wyszyński, für das Wohl von Israel gebetet hätten, was ihrer antisowjetischen und antikommunistischen Haltung entspreche. Auch Vertreter der katholischen Intelligenz, wie Stanisław Stomma, Tadeusz Mazowiecki, Jerzy Turowicz etc. seien aufgrund ihrer Herkunft (gemeint ist:

<sup>6</sup> Zitiert nach Jerzy Eisler, *Marzec 1968. Geneza. Przebieg. Konsekwencje*, (Der März 1968. Genese. Verlauf. Folgen) Warszawa 1991, S.135.

<sup>7</sup> Dariusz Stola, *Kampania antysyjonistyczna w Polsce 1967-1968*, (Die antizionistische Kampagne in Polen 1967-1968), Warszawa 2000, S.283.

<sup>8</sup> Gemeint ist das American Jewish Joint Distribution Committee, JDC.



ihrer jüdischen) proisraelisch. Mehrere Direktoren verlangten kategorisch die Einstellung der ausländischen Hilfeleistungen für die polnischen Juden. Andere Minderheiten würden so gut wie nichts bekommen, z.B. die Weißrussen. Es spreche nichts für die Bevorzugung der Juden. Moczar unterstützte dieses Verlangen, und tatsächlich wurde der Organisation Joint sehr schnell verboten, in Polen tätig zu sein. Für viele polnische Juden bedeutete dies eine große Einbuße.

Am 8. Oktober verglich Moczar auf einer Veranstaltung zum 25. Jahrestag der Gründung der polnischen Volkspolizei die Zionisten mit den „Hitleristen“, d.h. den Nazis. Etwa zur gleichen Zeit setzte eine Kampagne gegen den bereits 1965 erschienenen achten Band der neuen Enzyklopädie des PWN-Verlags (d.h. des Verlages der Polnischen Akademie der Wissenschaften) ein, dessen Direktor Adam Bromberg war, wieder ein Pole jüdischer Herkunft.<sup>9</sup> Als Anlaß diente ein Artikel, in dem die NS-Konzentrationslager von den Vernichtungslagern unterschieden wurden. In den letzteren seien 99 Prozent der Opfer Juden und 1 Prozent Zigeuner gewesen. Das entspreche nicht der Wahrheit, meinten die Moczar-Leute, alle KZ's hätten die Vernichtung all ihrer Insassen zum Ziel gehabt. Es sei kein Unterschied zwischen Juden und Polen gemacht worden. Überhaupt werde in der Enzyklopädie der polnische Anteil am Kampf gegen die deutsche Besatzung unter- und das jüdische Martyrium überbewertet. Immer wieder war die Rede von der zionistischen Zerstörung Polens. Die Begriffe „Jude“ und „Zionist“ wurden mittlerweile austauschbar. Austauschbar wurden aber auch Israel und BRD, wozu das Buch „Izrael a NRF“ (Israel und die Deutsche Bundesrepublik)<sup>10</sup> von Tadeusz Walichnowski, dem Chef des Departements I im Innenministerium (Spionage),<sup>11</sup> beitrug, das im Herbst 1967 erschienen war. Walichnowski hatte am 29. Juni 1967 diese Arbeit unter dem Titel „Rola państwa Izraela w założeniach polityki Niemieckiej Republiki Federalnej“ (Israels Rolle in den Voraussetzungen der Politik der Deutschen Bundesrepublik) als Dissertation verteidigt, kurz darauf sollte es als Buch erscheinen, was unter den damaligen Verlagsbedingungen einmalig war. Erstens war es nicht üblich, dass Doktorarbeiten veröffentlicht wurden, zweitens dauerte es im allgemeinen zwei, drei Jahre, bis eine wissenschaftliche Studie die Hürden der Gutachter, der Verlagspläne und der Zensur genommen hatte. Doch im Falle der Arbeit von Walichnowski bestand in führenden Kreisen ein politisches Inter-

<sup>9</sup> Von Brombergs Leben erzählt Henryk Grynbergs *Memorbuch*, das in Warschau im Jahre 2000 erschienen ist. Der Autor skizziert auch kurz die Attacken gegen den achten Band der Enzyklopädie. Eine gewisse Rolle spielte hierbei, daß Bromberg im Juni 1967 nicht bereit war, eine Resolution der Parteiorganisation gegen Israel zu unterstützen.

<sup>10</sup> Damals durfte man den Begriff Bundesrepublik Deutschland (Republika Federalna Niemiec, RFN) nicht verwenden.

<sup>11</sup> Im Dezember 1967 wurde er in das Departement III berufen, das für die Bekämpfung oppositioneller Tätigkeiten zuständig war. Im gegebenen Augenblick hieß das die Bekämpfung zionistischer Tätigkeiten.

esse, seine Thesen „unters Volk zu bringen“. Diese waren einfach: Israel und Westdeutschland seien ein Bündnis eingegangen, das den imperialistischen Wünschen der USA entgegenkomme. Israel solle über den Nahen Osten dominieren, Westdeutschland über Europa. In einem Interview, das die PAX-Tageszeitung „Słowo Powszechnie“ (Allgemeines Wort) am 2. Februar 1968 mit Walichnowski unter dem Titel „Über das Bündnis des schwarzen Kreuzes und des Davidsterns“ brachte,<sup>12</sup> kündigte dieser die Herausgabe eines zweiten Buches unter dem Titel „Die zionistische Doktrin“ an. Er berücksichtigt dort „die besonderen Verbindungen des Zionismus mit dem III. Reich und der Deutschen Bundesrepublik“.<sup>13</sup>

Die vielen nationalistischen Töne und Attacken ließen Schlimmes befürchten. Der Funke mußte eines Tages überspringen. Diesen Funken sollten das Aufführungsverbot des Stückes „Dziady“ (Die Totenfeier) von Adam Mickiewicz, dem großen polnischen Dichter, Ende Januar 1968 und die darauf folgenden Proteste bilden. Während sich allein in Warschau 3145 Personen fanden, die eine an den Sejm gerichtete Petition gegen das Aufführungsverbot unterschrieben,<sup>14</sup> tauchten immer mehr Flugblätter antisemitischen Inhalts auf. In ihnen wurde gegen den „übermächtigen Einfluß“ von Zionisten und die mit ihnen verbundenen intellektuellen Stimmung gemacht. So las man in einem Flugblatt: „Michnik, Blumsztajn und Szlajfer können und werden uns nicht die patriotische Tradition unseres Volkes lehren“,<sup>15</sup> was im Klartext hieß: Diese Juden können uns Polen nur in eine Sackgasse führen. Als am 29. Februar der Warschauer Schriftstellerverband zu einer außerordentlichen Versammlung zusammentrat, auf der mehrheitlich eine Resolution gegen die Kulturpolitik der Partei und Regierung verabschiedet wurde, und als Studenten im ganzen Lande diese Politik sowie das brutale Vorgehen der Ordnungskräfte gegen Demonstranten verurteilten, leiteten die Machthaber eine antisemitische Kampagne von einem Ausmaß ein, wie es bis dahin in einem kommunistisch regierten Land unbekannt war.<sup>16</sup> Offiziell wird die Kampagne gegen

<sup>12</sup> Unter „schwarzem Kreuz“ ist das Kreuz des Deutschen Ritterordens zu verstehen.

<sup>13</sup> Das Interview ist abgedruckt in Piotr Osęka, *Syjniści, inspiratorzy, wicherzyciele. Obraz wroga w propagandzie marca 1968* (Zionisten, Inspiratoren, Aufwiegler. Das Feindbild in der Propaganda des März 1968), S.111-114, hier S.112. Die antikommunistische Opposition nannte ihn den Dr. Globke Volkspolens (siehe Roman Zimand, „Piół i popiół. Czy Polacy i Żydzi wzajem się nienawidzą? [Wermut und Asche. Hassen sich die Polen und Juden gegenseitig?], Biblioteka Kultury Niezależnej, Warszawa 1987, S.5, erschienen im sogenannten zweiten Umlauf, d.h. im polnischen Samisdat).

<sup>14</sup> Jerzy Eisler, *Marzec 1968*, S.159 (In Breslau unterschrieben 1098 Personen).

<sup>15</sup> Abgedruckt in *Wydarzenia marcowe* (Die Märzereignisse), Paris 1968, S.139. Die Flugblätter waren – heute erwiesenermaßen – das Werk des Sicherheitsdienstes. Viele erinnerten in ihrem Sprachduktus und durch gewisse Lösungen an antisemitische Losungen aus der Vorkriegszeit (vgl. dazu Dariusz Stola, *Kampania antysyjonistyczna w Polsce 1967-1968*, S.82f.).

<sup>16</sup> Es gab allerdings schon Präzedenzfälle: die „Antikosmopolitismus-Kampagne“ in der Sowjetunion Ende der vierziger und zu Beginn der fünfziger Jahre, die im Prinzip gegen Juden gerichtet war, der Slánský-Prozeß und die sogenannte Ärzteverschwörung, mit der Stalin kurz vor seinem Tod die Verfolgung der Juden im Lande einzuleiten gedachte.

jene, welche für die Rücknahme des Verbots der „Totenfeier“-Aufführung demonstrierten, erst nach dem 8. März mit antisemitischen Argumenten angereichert. Am 11. März erscheint in der Tageszeitung „Słowo Powszechne“ ein erster anonymer Artikel über die Herkunft der Unruhestifter vom 8. März: Sie seien aufs engste mit den Zionisten, Revisionisten und Trotzisten verbunden, lesen wir dort. Immer häufiger wird auf die jüdische Herkunft der Verhafteten hingewiesen: Dajczgewand, Szlajfer, Michnik von Haus aus ... etc. Alle waren natürlich einmal Stalinisten bzw. deren Eltern ... kurzum Feinde des polnischen Volkes, die jetzt bei der „Totenfeier“ nur vorgeben, um die Erhaltung des nationalen Erbes zu kämpfen. Inoffiziell war der Sicherheitsdienst aber schon lange vorher auf antisemitische Argumentationen vorbereitet, wie das Beispiel von Beata Dąbrowska zeigt, die am 23. Februar 1968 folgenden Brief an Gomułka schrieb:

„Ich bin Studentin des dritten Studienjahrs der philosophischen Fakultät. Am 16. Februar wurde ich um 20 Uhr abends von Sicherheitsbeamten des Innenministeriums auf der Straße festgenommen und in das Polizeipräsidium gebracht. Die Sätze, die ich zu hören bekam, haben mich so erschüttert, dass ich sie in gewisser Kürze, aber einige wortwörtlich mitteilen möchte. Ich höre: 1. Wie arbeitet man unter Juden? 2. Wieviel Juden waren unter denjenigen, die Unterschriften in Verbindung mit der „Totenfeier“ gesammelt haben? 3. Sie sind so intelligent und merken nicht die Überschwemmung durch das Judentum an den Lehrstühlen Ihrer Fakultät? 4. Sie verstehen, wir Polen müssen endlich zu Wort kommen. Denn solange die Juden alle hohen Posten einnehmen, können die Polen nicht hochkommen. Für Sie wird es beispielsweise keinen Platz am Lehrstuhl geben. Und hier die Beispiele, die angeführt wurden, wie die Jidden die Jidden unterstützen: a) Der Jidd Baczko (Professor an der Warschauer Universität) lancierte den Jidd Piotr Hoffmann [...] 5. Sie sind schließlich eine Arierin reinsten Blutes 6. Wir verstehen, dass es einige Frauen zu anderen Rassen hinzieht. So lieben z.B. einige Neger, andere Juden. [...] Dabei zeigte sich, dass der mich verhörende Beamte das Wort Jude als Schimpfwort verwendet. Als ich nämlich sagen sollte, woran man Juden erkennt, gab ich zur Antwort, an den dunklen Haaren, wonach der mich vernehmende Funktionär ein Jude sei, worauf ich zu hören bekam, ich solle mir nicht zuviel herausnehmen. [...] Ich frage Sie, was bedeutet das, dass in Volkspolen 24 Jahre nach der Hitlerbesatzung erneut in der Sprache der Hitleristen und der ONR (polnischen Faschisten) gesprochen wird? Ich schätze Sie, den Bürger und 1. Sekretär, so sehr, dass ich überzeugt bin, Sie werden sich dieser Sache annehmen und mir den Glauben an den guten Namen Polens, den der Bürger Volkspolens oder einfach den des Menschen wieder zurückgeben.“<sup>17</sup>

<sup>17</sup> Nach Stola, *Kampania antysyjonistyczna w Polsce 1967-1968*, S.319f.

Die Studentin hatte wahrscheinlich nicht zur Kenntnis nehmen wollen, dass die antisemitische Kampagne voll und ganz Gomułkas Unterstützung fand, was er am 19. März in seiner Rede vor dem Warschauer Parteiaktiv im Kulturpalast zum Ausdruck brachte. Erneut unterstrich er, dass man nur ein Vaterland haben dürfe, und jene, die auf Seiten von Israel stehen, forderte er auf, das Land zu verlassen. Vielen Teilnehmern der Versammlung war das zu wenig, sie riefen Gomułka zu: sei kühner, sei kühner. Auf den Gesichtern der Juden, die sich die Fernsehübertragung ansahen, zeichnete sich dagegen der Schrecken ab. So schrieb Gabriel Tempkin ein Jahr später:

Dieses Fernsehspektakel werde ich wohl nicht vergessen. Als ich auf den Bildschirm, in den schreienden Saal schaute, erblickte ich Gesichter, die von Grausamkeit und Blutgier gezeichnet waren. Nicht nur ich. Wie ich später in Gesprächen mit verschiedenen Leuten, Müttern, die einen Zusammenhang mit der verurteilten Nation spürten, feststellen konnte, haben sie auf das Fernsehspektakel ähnlich reagiert: sie riegelten die Türen zu in der Furcht vor einem Pogrom.<sup>18</sup>

Ida Kamińska, die Direktorin des Jüdischen Theaters in Warschau, eine großartige Darstellerin, u.a. der Mutter Courage, schrieb in ihrem Tagebuch:

Ich habe mich kaum beherrschen können, ich lief ins Schlafzimmer, schluckte eine Tablette und versuchte mit allen Kräften meine Emotionen zurückzuhalten [...] ich schrie: Fliehen wir! Sofort! Anders überlebe ich das nicht.<sup>19</sup>

Die wenigsten Polen jüdischer Herkunft reagierten so. Sie meinten, es betreffe nicht sie, schließlich hätten sie ihre ganze Kraft für den Wiederaufbau und auch die Stärkung Polens eingesetzt. Doch wurden sie – zumeist durch die Leitungsorgane der kommunistischen Partei, der sie in großer Zahl angehörten – schnell eines anderen belehrt. Unter irgendeinem banalen Vorwand wurden sie entlassen. Manchmal bekamen sie auch direkt zu hören, dass ihre jüdische Herkunft oder die der Anverwandten der Grund für diese Maßnahmen sei. Parteifunktionäre scheuten nicht einmal vor dem Argument zurück, dass ihr Judentum auf der Hand läge, schließlich seien sie nicht getauft und damit keine echten Polen. Die Entlassungen erfolgten in den verschiedensten Behörden, in den Verlagen, in den Medien, an den Hochschulen, in den Krankenhäusern und auch in den Betrieben. So mancher junge Mensch erfuhr erst in diesen Tagen, dass die Eltern, die Großeltern (oder auch nur einer von ihnen) jüdi-

<sup>18</sup> Gabriel Tempkin, „Exodus 1968“, in *Lewy Nurt*, 1970, Nr.3, S.42.

<sup>19</sup> Ida Kamińska, *Moje życie, mój teatr* (Mein Leben, mein Theater), Warszawa 1995, S.254.

scher Abstammung waren.<sup>20</sup> Die „Ahnentafeln“ der jungen Menschen waren offensichtlich im Innenministerium angefertigt worden, wie überhaupt klar wurde, dass für die antisemitische Aktion alles wohl vorbereitet worden war.

Die Studentenproteste bzw. Streiks in den größeren Städten wurden relativ schnell abgewürgt. Die Anführer der Proteste wurden plötzlich als „Zionisten“ und Feinde des polnischen Volkes verurteilt. Gleichzeitig nutzten die Machthaber den Augenblick, um sich der sogenannten Revisionisten – wie Leszek Kołakowski, Bronisław Baczko, Zygmunt Bauman, Włodzimierz Brus und anderen – zu entledigen. Die Zerschlagung des relativ unabhängigen geistigen Lebens, wie es sich nach 1956 in Polen entfaltet hatte, war hierbei eines ihrer Hauptziele.<sup>21</sup> Als Gomułka sich im Sommer gezwungen sah, die Losung des Antizionismus zurückzunehmen, weil er wahrscheinlich erkannte, dass der Partei ein Abdriften hin zum Nationalismus reinsten Wassers drohte, erklärte er den Revisionismus zum Hauptfeind des Sozialismus. Mittlerweile hatte sich auch die Situation in der Tschechoslowakei zugespitzt. Der Prager Frühling stand in Blüte.

Beunruhigend für Gomułka war auch, dass mehrere Grundorganisationen und nicht nur die oberen Parteikontrollkommissionen Funktionäre, die der Nomenklatura angehörten, aus ihren Reihen ausgeschlossen hatten. Er konnte nicht dulden, dass man ihm seine Personalpolitik vorschrieb. Einige Parteiausschlüsse von Genossen jüdischer Herkunft wurden daher wieder zurückgenommen, aber an eine generelle Rücknahme der antisemitischen Personalentscheidungen war nicht zu denken. Gomułka setzte zwar Moczar als Chef des Innenministeriums ab, indem er ihn zum ZK-Mitglied „beförderte“,<sup>22</sup> jedoch zu wirklich radikalen anti-antisemitischen Schritten war er nicht bereit. Offenherzig kommentierte er die Märzereignisse zur Jahresmitte:

20 Joanna Wiszniewicz sprach 1989 mit fünf Juden bzw. Jüdinnen in Israel, die Polen 1968 verlassen hatten. Nur eine Person wußte vor den Märzereignissen von ihrer Herkunft. Die Gespräche hat die Autorin unter dem Titel *Z Polski do Izraela* (Von Polen nach Israel) 1992 in Warschau veröffentlicht.

21 Ich habe darüber ausführlich auf polnisch in dem Artikel „Polski Marzec 1968 jako historia intelektualistów wraz ze wspomnieniami osobistymi autora“ (Der polnische März 1968 als Intellektualistengeschichte mitsamt persönlicher Erinnerungen des Autors, in: *przegląd filozoficzno-literacki* (Bronisław Baczko), 4/2009, S. 209-224) geschrieben.

22 Noch 1973 schrieb er in einem Artikel: *In der reichen Geschichte unseres Volkes war es schon immer so, daß, wenn der Feind – einer oder mehrere – unsere Existenz bedrohte, ein Organisator des Widerstands sich im Volk herausbildete. Er zog die wertvollsten Kräfte mit sich, die sich bewußt waren, daß die Angst so lange Kanailen verschiedenster Art sowie die gefährliche Passivität und Apathie hervorbringen wird, so lange sie nicht den Kampf aufnehmen. Passivität und Apathie haben zum Beispiel die Juden beherrscht, die trotz der Hilfe von Zehntausenden von Polen nicht die Barriere dieses psychischen Zustands überwinden konnten. Das war am schmerzhaftesten.* (in: *Wojskowy Przegląd Historyczny*, 1973, Nr.4 – Unterstreichungen von mir – K.S.).

[...] der Sicherheitsapparat, der Apparat der Gewalt, wie man zu sagen pflegt, kann nur dann gut arbeiten, wenn er weiß, dass er für seine Arbeit, für die Erfüllung seiner Verpflichtungen [...] nicht verfolgt wird. Uns wurde während der Märzereignisse zugerufen, wir sollen diejenigen zur Verantwortung ziehen, die mit Stöcken geschlagen haben. [...] Sollten wir ein zweites Mal die Polizei heranziehen, wird sie uns nicht den Gefallen tun, sie werden nicht schlagen, sie werden nicht kritisieren, sie werden nicht zu Entlassungen schreiten.<sup>23</sup>

Gomułka dachte hier nicht nur an die Polizei, sondern auch an die Grundorganisationen der Partei, die bei der Judenverfolgung so aktiv waren. Wenn man ihre Beschlüsse generell verurteilt, wäre auf die Genossen kein Verlaß mehr gewesen.

Bei der Durchsicht der Parteiakten in bezug auf die Märzereignisse stellte Piotr Osęka fest, dass diese in den Sitzungen des Politbüros und des Zentralkomitees eine geringe Rolle spielten. Über 90 Prozent der Parteiausschlüsse seien auf Initiative der Grundorganisationen erfolgt.<sup>24</sup> Aus diesen und anderen Beobachtungen läßt sich schließen, dass Gomułka mit seinen beiden „antizionistischen Auftritten“ im Juni 1967 und im März 1968 einem Wunsch breiter Schichten entgegenkam, die verbliebenen Juden davonzujagen.<sup>25</sup> Mitteilungen von zumeist wohlwollenden Genossen, dass er den antisemitischen Kräften Nahrung verschaffe, wies er empört von sich. Lange Zeit argumentierte er, dass die jüdische Herkunft der aus der Partei ausgeschlossenen Genossen nichts mit der Sache zu tun habe. Es sei gleichsam ein Zufall. Er selber war in jüdischen Fragen so unsensibel, dass er überhaupt nicht imstande war, zu erkennen, welche Büchse der Pandora er geöffnet hatte. Dass ihm dies nicht bewußt wurde, beweist u.a. der Fall Antoni Słonimski. Dieser hatte 1924 als Jude die Juden heftig attackiert. Ihre Verhaltensweisen würden ihn zutiefst beschämen. Vieles klang nicht wie tiefe Enttäuschung, sondern wie bester Antisemitismus, obwohl es so nicht gemeint war. Als Słonimski auf der Schriftstellerversammlung im Februar 1968 die Partei angriff und ihr nachsagte, sie beschränke die Schaffensfreiheit der Schriftsteller, verlangte Gomułka von der Wochenschrift „Polityka“, dessen Attacke gegen die Juden von 1924 nachzu-

23 Zit. nach Piotr Osęka, „Komitet Centralny PZPR wobec Marca. Rok 1968 w świetle archiwów partyjnych“ (Das Zentralkomitee der PVAP und der März. Das Jahr 1968 im Lichte der Parteiarhive), in: *Marzec 1968. Trzydzieści lat później*, hrsg. von Marcin Kula, Piotr Osęka, Marcin Zaremba, Warszawa 1998, Bd.1 (Referate), S.69.

24 Ebd. S. 68.

25 Die Zahl der Parteimitglieder erreichte 1968 eine Rekordhöhe. Während ein Jahr zuvor 158507 Personen der Partei beitraten, stieg die Zahl 1968 auf 213098 Personen (Tych, „Das polnische Jahr 1968“ in: Beate Kosmala (Hrsg.), *Die Vertreibung der Juden aus Polen 1968. Antisemitismus und politisches Kalkül*, Berlin 2000, S.69).

drucken. Die Redaktion weigerte sich, doch war es bis zum letzten Augenblick nicht ausgemacht, ob sie sich durchsetzen werde. Schließlich gab Gomułka nach. Es erschienen „nur noch“ Auszüge in anderen Zeitungen. Gomułka begriff nicht, dass eine Kritik an Juden nach dem Holocaust anders klingt als davor. Man darf auch nicht vergessen, dass er sich 1948 bei Stalin beklagte, es gäbe in der polnischen Partei- und Staatsführung zu viele Juden in führenden Positionen. Er hatte seine Klage am 14. Dezember 1948 in einem Brief an Stalin zum Ausdruck gebracht,<sup>26</sup> in dem er ein zuvor mit dem Generalissimus geführtes Gespräch zusammenfaßte. Allen Mitgliedern des Politbüros sei sein „Standpunkt in Fragen Personalpolitik der Partei inbezug auf die jüdischen Genossen bekannt“. Eine schlechte nationale Zusammensetzung schade dem Ansehen der Partei sowohl in der Intelligenz wie auch bei den Bauern und Arbeitern. Man könne zwar auch ihn dafür verantwortlich machen, dass das „jüdische Element“ in der Staats- und Parteiführung einen so hohen Prozentsatz ausmache, aber die Hauptschuld läge bei den jüdischen Genossen. Als Generalsekretär habe er bei ihnen kein Verständnis und keine Unterstützung gefunden, im Gegenteil, sie favorisierten eine andere Politik.<sup>27</sup>

Die Folge der von Gomułka eingeleiteten antizionistischen bzw. antisemitischen Propaganda – bei der zum ersten Mal in der Geschichte des Antisemitismus das Massenmedium Fernsehen eingesetzt wurde, wie Beate Kosmala feststellt<sup>28</sup> – war ein erneuter und letzter Exodus polnischer Bürger jüdischer Herkunft.<sup>29</sup> Die Zahl der Juden ist in Polen seither verschwindend gering.

### **Brandts Kniefall und seine Kontakte zur sozialistischen jiddischen Partei**

Vor diesem Hintergrund war Brandts Kniefall am Ghetto-Denkmal eine Ohrfeige für die nationalistische Politik der Machthaber. Als solche empfand ich sie damals auch, wenngleich ich keine Handhabe dafür hatte, Brandts Geste als eine Antwort auf den von den Machthabern initiierten Antisemitismus zu interpretieren. Ich wußte lange Zeit nichts von Brandts engerer Verknüpfung mit dem Bund, der sozialistischen jiddischen Partei, die im Vorkriegs-

26 Abgedruckt in *Vostočnaja Europa w dokumentach russkich archivov 1944-1953*, Bd.1 (1944-1948), hrsg. von T.V.Volokitina/, T.M.Islamow, G.P.Muraškov, A.F.Noskova, L.A.Rogovaja, Moskva, Novosibirsk, 1997, S.940f. (Dok. Nr.50).

27 Vgl. hierzu Marcin Zaremba, *Komunizm, legitymizacja, nacjonalizm. Nacjonalistyczna legitymizacja władzy komunistycznej w Polsce* (Kommunismus, Legitimierung, Nationalismus. Die nationalistische Legitimierung der kommunistischen Macht in Polen), Warszawa 2001, S.186.

28 Beate Kosmala, „Die ‚jüdische Frage‘ als politisches Instrument in der Volksrepublik Polen“, in: *Die Vertreibung der Juden aus Polen 1968*, S.63).

29 Es waren etwa 30000 Juden, die nach Andrzej Żbikowski, *Żydzi* (Juden), Wrocław 1997, S.283, in dieser Zeit Polen verließen.

polen eine gewaltige Kraft darstellte. Erst Marek Edelmann, einer der Führer des Warschauer Ghettoaufstandes im Jahre 1943, führte mich auf diese Spur. In seinem aus dem Italienischen ins Polnische übersetzten Buch „Strażnik“ (Wächter) berichtet er folgendes:

Eines Tages im Jahre 1937 kam Willy Brandt illegal nach Warschau, um am Kongreß der Cukunft teilzunehmen. Diese Episode ist in keiner Biographie über ihn enthalten. Er schlief auf dem Tisch in einem unserer Lokale. Lucjan Blit, damals der Führer der Cukunft, nach dem Krieg ein prominenter britischer Journalist, hatte einen falschen Paß besorgt, mit dem Brandt in die Tschechoslowakei fahren konnte. In unserem Lokal (will heißen Gaststätte – K.S.) versteckte ihn ein Kellner mit dem Namen Jankiel, ebenfalls ein Mitglied des Bunds. Nach dem Krieg, als Jankiel Auschwitz verließ, schrieb er Brandt einen Brief. Er bat um Hilfe, denn er war schwer krank, aber er bekam keine Antwort. Vielleicht ist er nicht an den Adressaten gelangt? Jankiel erklärte jedenfalls, dass er den Sozialismus satt habe und eröffnete ein Geschäft für Galanteriewaren in Paris.<sup>30</sup>

„Cukunft“ war die Jugendorganisation des Bundes. Sie wurde 1910 gegründet, 1916 nahm sie den Namen „Jugend Bund Cukunft“ an, 1936 wurde sie Mitglied der Sozialistischen Internationale. Bei Jankiel handelt es sich um Jan Goldstein. Wie wir aus einem Gespräch des Weltkorrespondenten Gerhard Gnauck mit Marek Edelman erfahren, ist Brandt in einem Gewerkschafts- haus in der Zamenhof-Straße öffentlich aufgetreten und habe großen Beifall erhalten. Gnauck fügt hinzu, dass dies ja nur ein Steinwurf von dem Ort entfernt gewesen sei, „wo er später als Bundeskanzler niederkniete“. Er meint allerdings, dass Brandt dies nicht hätte wissen können, denn das „frühere Getto-Gelände wurde 1943 bis zur Unkenntlichkeit zerstört und neu bebaut.“<sup>31</sup> Man kann jedoch annehmen, dass Brandt 1970 über soviel Wissen verfügte, um sich klar zu sein, dass er sich in dem Viertel befindet, das einst ein Zentrum jüdischen Lebens bildete.

Jahre nach dem Kniefall nahm ich an der Einweihung eines symbolischen Grabmals für die beiden in der Sowjetunion ermordeten Führer des Bunds,

30 Rudi Assuntino, Włodek Goldkorn, *Marek Edelman opowiada, Strażnik*, Kraków 1999, S. 25 (aus dem Polnischen von mir übersetzt – K.S.). Brandt fuhr als Auslandsvertreter der „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“ (SAPD) Anfang 1937 durch Polen, aber nicht in Richtung Süden, sondern von der Tschechoslowakei nach Danzig, um sich von dort aus per Schiff nach Oslo zu begeben. (Siehe u.a. Martin Wein, *Willy Brandt. Das Werden eines Staatsmannes*, Berlin 2003, S. 131).

31 *Welt online* vom 05.10.2009.

Wiktor Alter<sup>32</sup> und Henryk Erlich<sup>33</sup>, auf dem jüdischen Friedhof in Warschau teil. Es war der 17. April 1988, d.h. der fünfundvierzigste Gedenktag des Ausbruchs des Ghettoaufstands. Nachdem Edelman gesprochen hatte, wurden Grußtelegramme verlesen, u.a. von Willy Brandt.

Michael Wolffsohn und Thomas Brechenmacher haben in ihrem Buch „Denkmalsturz. Brandt Kniefall“ darauf hingewiesen, dass Brandt in den ersten Dezembertagen vorschlug, im Anschluß an die Kranzniederlegung am Grabmal des Unbekannten Soldaten das gleiche „auch im Ghetto“ zu tun. Sollte sich die polnische Seite nicht einverstanden erklären, würde er von einer Kranzniederlegung überhaupt absehen.<sup>34</sup> Wolffsohn und Brechenmacher erklärten diese Idee u.a. damit, dass Brandt ein Zeichen für Israel setzen wollte. Am 2. Oktober 1970 hatte Klaus Harpprecht, dessen Frau Renate Lasker-Harpprecht und zusammen mit ihrer Schwester Anita Lasker-Wallfisch Auschwitz und Bergen-Belsen überlebte, an Brandt einen Brief geschrieben, er höre von mehreren Seiten, dass sich die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel abgekühlt hätten, daher rate er ihm als Bundeskanzler zu einer „öffentlichen Geste“.<sup>35</sup> Die beiden Autoren interpretieren den

32 Wiktor Alter, geb. 1890 in Mława, war ein linksgerichteter Bundist. 1913 wurde er nach Sibirien verbannt, von wo aus er nach England floh. Dort trat er in die Labour Party ein. Als im April 1917 die Revolution in Rußland ausbrach, eilte er nach Petersburg. 1918 wurde er von den Bolschewiki als Abgeordneter der Arbeiter- und Soldatenräte verhaftet, konnte aber wieder frei kommen, woraufhin er sich nach Warschau begab. Dort gehörte er der Leitung des *Bunds* an. 1939 wurde er, als die Sowjets Lemberg (Lwów) besetzten, sofort vom NKWD verhaftet und zum Tode verurteilt; doch kurz darauf wurde die Strafe in zehn Jahre Lager verwandelt. 1941, als die Deutschen den Krieg gegen die Sowjetunion begannen, wurde er im Rahmen eines Abkommens mit der polnischen Exilregierung freigelassen. Jedoch erfreute er sich nur kurz seiner Freiheit. Am 23.12.1941 wurde er erneut zum Tode verurteilt. Diesmal zusammen mit Henryk Erlich. Man weiß nicht, ob er sofort oder erst 1943 erschossen wurde.

33 Henryk Erlich, geb. 1882 in Lublin, trat 1903 in den Bund ein. Als Teilnehmer von Protestdemonstrationen wurde er verhaftet. Nach seinem Gefängnisaufenthalt begab er sich nach Berlin, um dort zu studieren. 1905 kehrte er nach Warschau zurück, um an den revolutionären Geschehnissen teilzunehmen. 1913 wurde er zum Mitglied des Zentralkomitees des *Bunds* berufen. In der russischen Revolution von 1917 unterstützte er die Menschewiki. Danach stand er in der Zweiten Polnischen Republik an der Spitze des *Bunds*. Er sprach sich gegen die Mitgliedschaft seiner Partei in der Komintern aus. Am 4. Oktober 1939 wurde er nach Einmarsch der Roten Armee vom NKWD in Brest-Litowsk verhaftet, am 2. August 1940 vernahm er das Todesurteil, das drei Wochen später in zehn Jahre Lager verwandelt wurde. Im September 1941 ließen ihn die Sowjets nur kurz frei. Er sollte zusammen mit General Sikorski, dem Ministerpräsidenten der polnischen Exilregierung, dessen Besuch in Moskau für den Dezember angesagt war, nach London fliegen, um einen Ministerposten zu übernehmen. Doch am 4. Dezember 1941 wurde er verhaftet und zum Tode verurteilt. Wann er erschossen wurde, weiß man nicht. Die Sowjets schwiegen über seinen und den Verbleib Erlichs lange, da die Verhaftung der beiden führenden Bundisten internationales Aufsehen erregt und viele Proteste nach sich gezogen hatte. Erst nach dem Sieg in der Schlacht um Stalingrad teilte die Sowjetregierung mit, daß Erlich wegen Spionagetätigkeit für die Deutschen erschossen worden sei.

34 Wolffsohn, M., Brechenmacher, Th., *Denkmalsturz. Brandts Kniefall*, München 2005, S. 20f. (in der Depesche des Außenministeriums an die bundesdeutsche Handelsvertretung vom 2. Dezember heißt es: „[...] also entweder beide Kranzniederlegungen oder keine [...]“; S. 20).

35 Ebd. S. 75.

Kniefall dahingehend.<sup>36</sup> Die von Brandt im Briefwechsel mit seinem Freund Harpprecht zuvor geäußerten Zweifel, dass sich die Beziehungen zu Israel verschlechtert hätten, sind für die beiden Autoren bedeutungslos. Brandt muß sich ihnen zufolge die Bemerkung Harpprechts zu Herzen genommen haben. Dass eine enge Bindung zu den nicht mehr lebenden polnischen Juden bestehen könnte, haben sie dagegen nicht in Erwägung gezogen, obwohl Brandt in seinem 1976 erschienenen Buch *Begegnungen und Einsichten*. Die Jahre 1960-1975 das Kapitel „Warschau und andere Marksteine“ mit einer recht starken Betonung dessen beginnt, dass Polen „fast seine gesamte jüdische Bevölkerung“ verloren hat,<sup>37</sup> wobei er es allerdings mit den Daten und Zahlen nicht so genau nimmt.<sup>38</sup>

Meine Interpretation des Kniefalls wäre die: Brandt wird sich kurz vor der Reise nach Warschau bewußt, dass er zu seinen ehemaligen sozialistischen, nicht mehr lebenden Kameraden vom Bund fährt. Er beschließt, einen Kranz niederzulegen. Um es nicht allzu demonstrativ zu tun, schlägt er vor, sowohl das Grabmal des Unbekannten Soldaten wie auch das Ghettodenkmal zu besuchen. Die polnische Seite geht darauf ein, sie scheint diesen zeremoniellen Akten, wie Michael Wolffsohn und Thomas Brechenmacher feststellen, keine besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Sie ist froh, dass sie nach dem Moskauer Vertrag nun auch Beachtung findet. Darüber hinaus wird Brandt auch an die antisemitische Hetze von 1968 gedacht haben, die ihm ja mehrmals von deutsch-jüdischer Seite vor Augen geführt worden war.<sup>39</sup> So schlug er zwei Fliegen mit einer Klappe, ohne dass das Abkommen in Gefahr geriet.

Die Idee, am Ghetto-Denkmal einen Kranz niederzulegen, war ein bewußter Akt, wie Wolffsohn und Brechenmacher anhand der Korrespondenzen nachgewiesen haben. Der Kniefall wird höchstwahrscheinlich unter dem Eindruck,

36 Siehe ebd. S. 89: „Am 7. Dezember 1970 folgte der unvergleichliche, unvergessene Kniefall. Die von Klaus Harpprecht angeregte ‚öffentliche Geste‘ war vollbracht [...]“.

37 Willy Brandt, *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975*, Hamburg 1976, S. 524.

38 Brandt läßt den Warschauer Ghettoaufstand im Jahre 1944 stattfinden, einige Monate danach wäre es zum Warschauer Aufstand gekommen. In Auschwitz seien „an die vier Millionen Juden ermordet“ worden (Siehe ebd.).

39 Siehe Wolffsohn, M., Brechenmacher, Th., *Denkmalsturz. Brandts Kniefall*, S. 71 (Heinz Galinski, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, wollte im Gespräch mit Brandt Anfang 1970 u.a. die „Möglichkeit einer Hilfe für die jüdische Gruppe in Polen“ besprechen), S. 81 (hier wird aus einem Text von Werner Nachmann, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, an den Kanzler zitiert: „Darf ich mir die Anfrage gestatten, hochverehrter Herr Bundeskanzler, ob hierbei /gemeint sind die kommenden Verhandlungen in Warschau/ auch das dringliche humanitäre Problem der jüdischen Bevölkerungsgruppe in Polen zur Sprache kommt? Das Gedenken an Millionen jüdischer Opfer in Auschwitz gibt sicherlich Veranlassung dazu“. – Die beiden Autoren können sich des Kommentars nicht enthalten: „Nur nebenbei: Nachmann verwechselte die Zahl der allein in Auschwitz ermordeten Juden (rund 1,3 Millionen) mit den gesamt sechs Millionen jüdischer Opfer“) und anderswo.

den Brandt in Erinnerung an die Begegnungen mit den polnischen Bundisten, deren Fahne Marek Edelman einsam bis zuletzt hochhielt, und in der ins Auge springenden Leere rund um das Denkmal – hier soll es ein lebendiges jüdisches Leben gegeben haben, fragt man sich sofort – spontan erfolgt sein.

Ich habe in den Tagen nach dem Kniefall in meiner Umgebung immer wieder vernommen, dass es der falsche Platz war, an dem Brandt auf die Knie fiel. Es hätte das Grabmal des Unbekannten Soldaten sein müssen. Dass die Medien die berühmte Fotografie nicht zeigten bzw. nicht so zeigten, wie sie heute jeder vor Augen hat, verwunderte in Warschau diejenigen, die vom Kniefall gehört hatten und ihm mit Sympathie begegneten, nicht im geringsten.

In der auf den Brandtbesuch folgenden Woche kam es nach der Erhöhung der Fleischpreise am 12. Dezember 1970 zu einer Streikwelle und zu Massenprotesten, die von der Sicherheitspolizei und den Armeeeinheiten blutig niedergeschlagen wurden. Mindestens 39 Personen mußten ihr Leben lassen. Am 20. Dezember löste Edward Gierek Gomulka als Ersten Parteisekretär ab. Einige Tage später trat Józef Cyrankiewicz, der zusammen mit Brandt den Warschauer Vertrag unterzeichnet hatte, als Ministerpräsident zurück. Fürs erste war nicht nur Brandts Kniefall kein Gesprächsthema mehr, sondern auch die Unterzeichnung des Warschauer Vertrags. Aber in den folgenden Jahren schwächten sich die Angriffe gegen die böse Bundesrepublik ab, wenngleich sie immer wieder für alles Mögliche herhalten mußte. Später verlor die SPD angesichts ihres geringen Einsatzes für die Opposition in Polen und dann für die Solidarność-Bewegung an Sympathie. Die von Brandt eingeleitete Ostpolitik, die anfänglich als überaus klug erschien, erwies sich in den achtziger Jahren als Hemmschuh für die deutsch-polnischen Beziehungen. Symbolisch hierfür waren Helmut Schmidts erste Reaktion auf die Einführung des Kriegszustands durch General Jaruzelski, Herbert Wehners unnötiger Besuch in Warschau am 22. Februar 1982, mit dem der Kriegszustand gleichsam nobilitiert wurde, und vor allem Brandts Weigerung, sich mit seinem Nobelpreiskollegen Lech Wałęsa in Danzig zu treffen.

Doch gleichzeitig nahmen in den achtziger Jahren immer mehr Polen den Kniefall als ein besonderes Symbol wahr, vor allem jene, die sich vor einer Auseinandersetzung über das Verhalten ihrer Landsleute den jüdischen Nachbarn gegenüber während des Holocausts nicht scheuten. Zwar wurde der Kniefall selten in Diskussionen hierüber angeführt, aber er wirkte im Unbewußten und nahm immer mehr metaphysische Dimensionen an: Vor dieser großen, wohl ein für allemal zerstörten Kultur in Europa kann man nur in die Knie sinken, voller Schuldgefühle und voller Trauer ob dieses Verlustes.

## Über die Autoren

### **Prof. Dr. Hans Maier, Bayerischer Staatsminister a.D.,**

geboren 18. Juni 1931 in Freiburg im Breisgau, seit 1962 verheiratet, sechs Töchter, Hobby: Musik (Orgel, Cembalo, Klavier), nebenamtlicher Kirchenmusiker (Konzerte, Rundfunkaufnahmen, Schallplatten und CDs). Studium der Geschichte, Romanistik, Germanistik und Philosophie in Freiburg und München, Engagement in der katholischen Jugendarbeit und als freier Journalist, 1956 Staatsexamen für das höhere Lehramt in den Fächern Geschichte, Deutsch und Französisch, 1957 Promotion zum Dr. phil. mit einer Arbeit zum Thema „Revolution und Kirche“, 1961/62 Assistent am Seminar für Politikwissenschaften der Universität Freiburg, 1962 Habilitation für politische Wissenschaft mit einer Arbeit über „Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre – Polizeiwissenschaft“, Rufe an die Universitäten Mainz, Berlin und München, ab Dezember 1962 Ordentlicher Professor für politische Wissenschaft an der Ludwigs Maximilian Universität München, 1970 bis 1986 Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus, 1978 bis 1987 Abgeordneter des Bayerischen Landtages, von 1976 bis 1988 Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, 1988 bis 1999 ordentlicher Professor für christliche Weltanschauung, Religions- und Kulturtheorie an der Universität München (Guardini Lehrstuhl), Mitglied u.a. der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung, der Bayerischen Akademie der Wissenschaften sowie der Schönen Künste, 1999-2005 Vorsitzender der Stiftung Bibel und Kultur.

### **Janusz Reiter, polnischer Botschafter in Deutschland und den USA a.D.**

geboren 1952 in Kościerzyna (Berent) in der Kaschubei, Magister-Studium der Germanistik in Warschau. Seit 1977 Redakteur der Tageszeitung *Życie Warszawy*. In den 1980er Jahren aktiv in der antikommunistischen Opposition in Polen, 1990-1995 Botschafter Polens in Deutschland (Bonn). 1996 Gründung des Zentrum für Internationale Beziehungen in Warschau, das mit der Konrad-Adenauer-Stiftung zusammenarbeitet. Autor und Mitautor zahlreicher Buch- und Presseveröffentlichungen zur internationalen Politik und den deutsch-polnischen Beziehungen. 2005-2007 Botschafter Polens in den USA. Danach wieder Präses des Zentrums für Internationale Beziehungen, Publizist und u.a. Berater der polnischen Regierung in der Klimapolitik.

**Janusz Reiter** – ehemaliger Botschafter der Republik Polen in der Bundesrepublik Deutschland und den USA, Gründungsdirektor des Zentrums für Internationale Beziehungen in Warschau; Autor und Mitautor zahlreicher Buch- und Presseveröffentlichungen zur internationalen Politik und den deutsch-polnischen Beziehungen.

**Prof. Dr. Karol Sauerland,**

geboren als Sohn deutscher Emigranten in Moskau, ist Professor für deutsche Literatur und Ästhetik an den Universitäten von Thorn und Warschau. Er machte in Halle/Saale das Abitur. Das Studium der Philosophie an der Humboldt-Universität in Ost-Berlin musste er 1957 aus politischen Gründen abbrechen. Von 1958 bis 1963 studierte er in Warschau Mathematik und Germanistik und nahm die polnische Staatsbürgerschaft an. Mit einer Arbeit zu Wilhelm Diltheys Erlebnisbegriff wurde er 1970 promoviert. 1975 habilitierte er sich an der Universität Warschau mit einer Arbeit zu Adornos Ästhetik. Seit 1977 leitete er die Abteilung für deutsche Literatur am Institut für Germanistik der Warschauer Universität. Von 1979 bis 1986 hatte er den Lehrstuhl für Germanistik an der Nikolaus-Kopernikus-Universität in Thorn inne, den er wegen seines Engagements in der Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* verlor, wobei er verschiedensten staatlichen Schikanen ausgesetzt war. Von 1989 bis 2005 leitete er erneut den Thorner Germanistik-Lehrstuhl. 1995 erhielt er den Förderpreis für deutsche Sprache und Literatur in Mittel- und Osteuropa der Alexander-von-Humboldt-Stiftung. Sein wissenschaftliches Werk hat in Deutschland breite Anerkennung erfahren, die sich auch in zahlreichen Gastprofessuren niederschlug. Als Bücher sind von ihm zuletzt in Deutschland erschienen: *Dreissig Silberlinge. Denunziation in Gegenwart und Geschichte*, Berlin 2000; *Polen und Juden zwischen 1939 und 1968. Jedwabne und die Folgen*, Berlin 2004; *Literatur- und Kulturtransfer als Politikum am Beispiel Volkspolens, Frankfurt am Main u.a.* 2006. Zwischen 1999 und 2004 brachte er drei Bände *Kulturtransfer. Polen – Deutschland. Wechselbeziehungen in Sprache, Kultur und Gesellschaft* heraus, danach folgten: *Literatur und Theologie. Schreibprozesse zwischen biblischer Überlieferung und geschichtlicher Erfahrung*, 2005 und *Bilder des Ostens in der deutschen Literatur*, 2009, (zusammen mit Ulrich Wergin), *Alfred Döblin – Judentum und Katholizismus*, Berlin 2010, *Umdeuten, verschweigen, erinnern. Die späte Aufarbeitung des Holocaust in Osteuropa* (zusammen mit Micha Brumlik), Frankfurt am Main 2011.

**Professor Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident a.D., Ehrenvorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung,**

geb. 1932 in Göttingen, Studium der Politologie, Geschichte, Soziologie und Volkswirtschaftslehre in Heidelberg und München, 1960 Promotion zum Dr. phil. bei Prof. Dolf Sternberger, 1961-1967 Lehrbeauftragter am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg, gleichzeitig Arbeit in der Erwachsenenbildung, 1965 Bundestagsabgeordneter der CDU, 1967-1976 Kultusminister des Landes Rheinland-Pfalz, 1971-1988 Landtagsabgeordneter, 1972-1976 Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, seit 1975 Mitglied im Bundesvorstand der CDU Deutschlands, 1976-1988 Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, 1992-2003 Ministerpräsident des Freistaates Thüringen, 1994-2004 Mitglied des Landtages, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung 1989-1993 und 2001-2009, danach Ehrenvorsitzender der Stiftung.